

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



TEUERUNG UND EINKOMMEN

AKTUELLES

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

3 | April 2011

Teuerung und Einkommen	
Steigende Inflation	4
Armutsfalle Energie	6
Energieverteuerung bremst Konjunkturerholung	9
Auswirkungen der Ölpreissteigerung auf die Haushalte	11
10-Jahres-Bilanz der Lohnentwicklung in Deutschland	16
Leben am Limit	18
Aktuelles	
Let's organize	20
EU-Vorhaben im Sozial- und im Bildungsbereich	22
Verstärkte Anstrengungen gegen Menschenhandel	25
Schwerpunkt Soziallehre	27
Buchtipps	28
Veranstaltungen	31

Teuerung trifft Arme

Im Schatten weltpolitischer Ereignisse von gravierender Bedeutung (Nordafrika), teils bedrohlichen Ausmaßen (Japan) und jeweils ungewissem Ausgang vollzog sich in unseren Breiten zuletzt eine Entwicklung, die zwar weniger dramatisch ist, aber gleichfalls die Gemüter erregt: nämlich eine stetig steigende Inflation. Zuletzt, im März 2011, lag die Teuerung hierzulande bei 3,1 Prozent, dem höchsten Wert seit Oktober 2008. Sie war somit gleich hoch wie in der gesamten EU und geringfügig niedriger als in der Euro-Zone. Hauptverantwortlich dafür waren die gestiegenen Rohstoffpreise, vor allem bei Mineralölprodukten (+22%), aber auch bei Nahrungsmitteln, hier insbesondere bei Kaffee (+20%). Fachleute sehen - wenig überraschend - einen Zusammenhang zwischen der Ölpreisentwicklung und den politischen Ereignissen im arabischen Raum und sprechen von einer großteils "importierten Inflation". Ein Teil der Teuerung ist aber auch "hausgemacht", zumal mit Jahresbeginn die Mineralöl- und die Tabaksteuer deutlich angehoben wurden. Dass sich der Ölpreis mit einer Beruhigung der Lage in Nordafrika wieder stabilisieren wird, ist nicht unbedingt zu erwarten, da die globale Erdölproduktion seit Jahren stagniert und möglicherweise in den nächsten Jahren zu sinken beginnen könnte ("Peak Oil"; vgl. Beitrag, S. 11).

ÖkonomInnen bewerten die Inflation unterschiedlich, viele können darin auch Vorteile erblicken: Der neuseeländische Ökonom William Phillips zeigte bereits in den 1950er Jahren am Beispiel Großbritanniens, dass Zeiten hoher Inflation in der Regel mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit einhergehen. Erklärt wird das in erster Linie damit, dass bei steigenden Preisen die Reallöhne sinken und die Unternehmen daher mehr Leute einstellen, was sich in der Folge positiv auf den gesamtgesellschaftlichen Konsum auswirkt. Als Reaktion auf die Geldentwertung fordern ArbeitnehmervertreterInnen höhere Löhne, die in weiterer Folge den individuellen Kaufkraftverlust kompensieren. Unter dem Aspekt gesellschaftlicher Umverteilung wird ins Treffen geführt, dass Inflation den SchuldnerInnen nützt und den GläubigerInnen schadet. Da Ärmere oft verschuldet sind, würden sie insofern von der Teuerung profitieren, wird argumentiert (vgl. Der Standard, 01.03.2011).

Andererseits sind ärmere Bevölkerungsschichten mit einer Reihe von Nachteilen konfrontiert: So steigen Transferleistungen wie Arbeitslosen- oder Pflegegeld im Allgemeinen nicht automatisch mit der Inflation an, es kommt deshalb zu Einbußen beim verfügbaren Einkommen der BezieherInnen. Auch die Lohnentwicklung vollzieht sich nur verzögert, die - noch offenen - Ergebnisse der diesjährigen Lohnverhandlungen etwa werden für die ArbeitnehmerInnen frühestens mit 1. Jänner 2012 spürbar. Zwar stimmt es, dass steigende Löhne die Inflation stimulieren, doch sind es - wie gegenwärtig - zuerst einmal die Preise, die davonziehen, und es ist die Einkommensentwicklung, die regelmäßig nachhinkt.

Wie stark jemand von der Teuerung konkret betroffen ist, hängt natürlich von der persönlichen Ausgabenstruktur ab. Während vermögende Haushalte rund ein Viertel ihrer Ausgaben für Lebensmittel und Wohnen aufwenden, geben Haushalte mit wenig Geld knapp zwei Drittel dafür aus (vgl. Beitrag Friedl, S. 6). "Entscheidend sind die Preise für Lebensmittel, Energie und die Mieten", so der Inflationforscher Hans Wolfgang Brachinger im Interview mit der Badischen Zeitung (02.10.2010). Genau diese Güter haben sich zuletzt stark verteuert, wie sich am so genannten Miniwarenkorb ablesen lässt, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält: Dieser stieg im Jahresvergleich um 7,3 Prozent.

Angesichts dieser Entwicklung den Kopf in den Sand zu stecken, wäre wohl verfehlt. Da die KlientInnen der Caritas bereits über 40 Prozent fürs Wohnen ausgeben, fordert diese die Schaffung von günstigem Wohnraum (vgl. Beitrag, S. 18). Zur Vermeidung von Energiearmut bedarf es vor allem des Austauschs von alten Haushaltsgeräten und Heizungssystemen sowie der Sanierung von Wohngebäuden, wobei auch Vermieter und Wohnbauträger in die Pflicht zu nehmen sind. Und der Ökonom Hans W. Brachinger fordert die Koppelung des im Rahmen von Transferleistungen gewährten Existenzminimums an die Inflation. Sinnvoll wäre seines Erachtens ebenso die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, dessen Höhe gleichfalls laufend an die Teuerung angepasst wird; alles Vorschläge, die bedenkenswert erscheinen, meint

*Ihre
Kontraste-Redaktion*

Steigende Inflation

Die Inflation in Österreich steigt gegenwärtig deutlich an. Dazu kommt noch, dass die Lohn- und Gehaltsabschlüsse sowie die Sparzinsen sehr niedrig sind – das bedeutet, dass das Geld immer weniger wert wird bzw. dass man sich um gleiche Geld weniger leisten kann.

“Alles wird teurer” – diese Aussage hat laut Finanz-Journal.at im Jahr 2011 noch mehr Berechtigung als die Jahre zuvor. Die Inflation in Österreich wird anhand des Warenkorb gemessen. Seit vielen Jahren wird über die Zusammensetzung des Warenkorb diskutiert, da der Verdacht im Raum steht, dass man über den Warenkorb versucht, die reale Teuerung zu vertuschen.

Die Inflation wird über den Verbraucherpreisindex (VPI) errechnet. Dabei erhebt die staatliche Statistik Austria Monat für Monat Preise von 791 Waren (insgesamt kommt die Statistik Austria auf fast 40.000 unterschiedliche Preise). Die 791 Waren werden in 12 verschiedene Hauptgruppen eingeteilt und werden auf Basis einer Konsumerhebung von 6.500 Haushalten gewichtet. Typische Hauptgruppen mit ihrer Gewichtung am Warenkorb sind z.B.

- Freizeit & Kultur (12,3%)
- Wohnen, Energie, Wasser (18,65%)
- Restaurant & Hotels (8,72%)
- Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (12,01%)

Diese Übersicht wirft natürlich die Frage auf, warum Restaurant & Hotels bzw. Freizeit & Kultur etwa im Vergleich zu den Grundnahrungsmitteln eine relativ hohe Gewichtung haben. Die ärmsten ÖsterreicherInnen werden sich diese Dinge kaum leisten können oder wollen.

Der Warenkorb wird Jahr für Jahr neu an das aktuelle Konsumverhalten angepasst. So findet man auch Computer, Fernreisen etc. darin. 2011 wurden Navigationsgeräte, Holzpellets und die 24-Stunden-Hilfe neu in die Statistik aufgenommen, dafür wurden der Hüttenkoks, Kaffeefiltertüten und die Dauerwelle aus der Inflationsberechnung entfernt.

Aktuelle Preisentwicklung

Mit dem Jänner-Inflationswert von 2,4 Prozent erreichte die Inflation in Österreich den höchsten Wert seit Oktober 2008. Damals waren allerdings die Sparzinsen deutlich höher. Damit findet im Moment eine langsam beginnende Geldentwertung statt. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei der aktuellen Inflation um eine importierte Inflation handelt. Das bedeutet, dass die Teuerung durch Produkte getrieben wird, die nach Österreich importiert werden müssen, denn die Inflationstreiber sind gegenwärtig vor allem im Bereich Energie zu finden. Energie in Form von Strom, Heizen und Treibstoffe sind jene Komponenten in der Inflationsberechnung, welche die ÖsterreicherInnen im Moment am meisten belasten. Dass die tatsächliche Inflation weitaus höher sein dürfte, zeigt der Umstand, was auf die 2,4 Prozent Inflation dämpfend gewirkt hat: Handy-Gesprächsgebühren wurden um 15 Prozent, Damenblusen um 12, Städteflüge um

Wichtigste Preisänderungen im Februar 2011 gegenüber Vorjahr

Indexposition	Veränderung gegenüber Februar 2010 (+/- %)	Einfluss auf Veränderung (+/- Prozentpunkte)
Preistreiber		
Dieseltreibstoff	26,7	0,465
Superbenzin	17,4	0,220
Heizöl extra leicht/Großabnahme	30,3	0,195
Zigaretten	7,9	0,139
Wohnungsmiete (alle Kategorien)	2,6	0,103
Preissenker		
Mobiltelefon, Gesprächsentgelt	-14,8	-0,121
Städteflug	-11,6	-0,061
Damenbluse	-8,3	-0,049
Flugticket	-2,1	-0,026
Wahlarzt (Zahnarzt)	-2,3	-0,026

Quelle: Statistik Austria

Was versteht man unter Inflation – und was bewirkt sie?

Unter "Inflation" versteht man die Geldentwertung – oder anders ausgedrückt – den Anstieg des Preisniveaus. Eine Inflation liegt vor, wenn man für ein und dasselbe Produkt im heurigen Jahr mehr bezahlen muss als im vorigen bzw. wenn das Produkt teurer geworden ist. Die Auswirkung der Inflation ist, dass man sich für gleiches Geld weniger leisten kann. Das Gegenteil der Inflation ist die Deflation. Dann muss man für ein Produkt weniger bezahlen als im Vorjahr.

Gemessen wird die Inflation mit dem Verbraucherpreisindex (VPI). Während eines Zeitraumes von vier Jahren werden ausgewählte BürgerInnen dazu aufgefordert, Ausgaben des Warenkorb aufzuzeichnen. Die Produkte, die in den Warenkorb fallen, werden von der Statistik Austria bestimmt. Auf Grundlage dieses Warenkorb wird mittels eines Vergleichs zum Vorjahr die Inflationsrate in Prozent ermittelt.

Neben dem Verbraucherpreisindex gibt es auch Indizes, welche die Preisentwicklungen auf vorgelagerten Produktions- und Verteilungsstufen einer Volkswirtschaft abbilden (z.B. den Index der Großhandelspreise GHPI). Einem Index liegt als Basiswert immer die Zahl 100 zugrunde. Im Falle des österreichischen VPI wurde dem Warenkorb

im Basisjahr 2005 der Indexwert 100 zugewiesen. Alle fünf Jahre wird dieser Warenkorb, den ein durchschnittlicher privater Haushalt konsumiert, von der Statistik Austria aktualisiert.

Eine hohe Inflationsrate hat den Effekt, dass Geld schneller an Wert verliert als beispielsweise Immobilien, Aktien oder andere Anlagegüter. Zumeist werden Löhne nicht sofort oder auch nicht in gleichem Maße an die Inflation angepasst – sie müssen ja erst von den Gewerkschaften ausgehandelt werden –, sodass sich das wirtschaftliche Gleichgewicht verschiebt. Das Realeinkommen sinkt, da man sich um das verdiente Geld weniger kaufen kann. Betroffen sind insbesondere NiedriglohneempfängerInnen mit einer hohen Konsumquote. Auch Menschen mit Sparguthaben auf Sparbüchern, mit Vermögen auf Taggeldkonten oder die Renditen aus festverzinslichen Wertpapieren aus Unternehmens- oder Staatsanleihen empfangen, sind von der Inflation betroffen, da diese die Wertbestände verringert. Die einzigen, für die sich eine hohe Inflation lohnt, sind Schuldner, indirekt somit auch der Staat, da durch eine hohe Inflation die Schulden an Wert verlieren. Andererseits führen sinkende Reallöhne gegebenenfalls zu Konsumverzicht, was weder im Interesse des Staates (Konsumsteuern) noch der Realwirtschaft liegt.

8 und Flachbildfernseher um 7 Prozent billiger. Da sind einige Dinge dabei (insbesondere die beiden letztgenannten Punkte), die sich nicht jede/r leisten will oder kann. Energie ist jedoch etwas, was jeden betrifft, so das Finanz-Journal, und sei es nur für den Haushalt, um die Wohnung warm zu halten und abends Licht zu haben.

Die Teuerung setzte sich im Februar fort. Die Inflationsrate betrug in diesem Monat nach Berechnungen der Statistik Austria 3,0 Prozent. Hauptverantwortlich dafür waren neuerliche starke Preisanstiege bei Treibstoffen und Heizöl (+22% beziehungsweise +30% im Jahresabstand; Einfluss auf die Inflationsrate insgesamt +0,94 Prozentpunkte). Nahrungsmittel verteuerten sich ebenfalls deutlich (insgesamt +4,2%). Ohne Mineralölprodukte hätte die Inflationsrate 2,1 Prozent betragen, ohne Mineralölprodukte und Nahrungsmittel 1,7 Prozent.

Massive Teuerung bei manchen Lebensmitteln

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbes, der hauptsächlich Nahrungsmittel enthält und den täglichen Einkauf repräsentieren soll, stieg im Februar um 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der die Güter des wöchentlichen Einkaufs abbildet und neben ausgewählten Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch die Treibstoffe enthält, erhöhte sich im Jahresvergleich um 7,2 Prozent.

Dass die Preise für Lebensmittel zuletzt massiv angestiegen sind, zeigt auch das Ergebnis des aktuellen AK-Preismonitoring. Die AK erhebt regelmäßig die Grundpreise (etwa für ein Kilogramm oder einen Liter) für einen Einkaufskorb mit den 41 preiswertesten Gütern des täglichen Bedarfs – von Lebensmitteln über Kosmetika bis zu Reinigungsmitteln – bei acht Wiener

Supermärkten und Diskontern. Im letzten Halbjahr, also im Zeitraum von September 2010 bis März 2011, zeigt sich bei einigen Produkten eine deutliche Preissteigerung. So sind die Preise von Mehl um 69 Prozent, von Erdäpfeln um 34 Prozent, von Bohnenkaffee um 20,4 Prozent, von Mischbrot um 9,6 Prozent und von Reis um sieben Prozent angestiegen. Einige Lebensmittel wurden auch billiger. So sanken die Preise für Zahnpasten um 36 Prozent, für Haarshampoo um rund 14 Prozent, für Teigwaren um rund 12 Prozent und für Tomaten um rund 11 Prozent. Der durchschnittliche Preis des gesamten AK-Warenkorbes ist in den vergangenen sechs Monaten um knapp acht Prozent gestiegen, die Steigerungsrate des Gesamt-Verbraucherpreisindex lag in diesem Zeitraum hingegen nur bei 1,5 Prozent. AK-Präsident Herbert Tumpel dazu: „Wer weniger Geld hat, für den oder die zählt jeder Cent. Und jetzt kostet ein 44-Euro-Einkaufskorb fast 3 Euro 50 mehr als noch vor einem halben Jahr. Das ist heftig!“

Armutsfalle Energie

Wohnkosten und speziell Ausgaben für Energie stellen ein nicht unwesentliches Problem für Personen der unteren Einkommensschicht dar. Steigende Energiepreise für Strom und Heizen belasten das Haushaltsbudget und verringern die Kaufkraft zur Befriedigung anderer Grundbedürfnisse. Um einkommensschwache Haushalte von den hohen Energiekosten zu entlasten, werden Maßnahmen auf nationaler Ebene notwendig. Allerdings scheint das Problem der Energiearmut meist nur ein akademisches zu sein – in Österreich hat es auf der politischen Agenda bisher nur wenig Platz gefunden.

Wohnen stellt nicht nur ein existenzielles und soziales Grundbedürfnis dar, sondern ist auch Voraussetzung für einen Arbeitsplatz und damit verbunden mit einem geregelten Einkommen. Eine angemessene Lebensqualität setzt aber nicht nur die Befriedigung der Grundbedürfnisse voraus, sondern auch einen adäquaten und leistbaren Zugang zu Energie. Vor allem Personen der unteren Einkommensschicht spüren den

Maßnahmen gegen die Teuerung gefordert

Die Arbeiterkammer fordert die Regierung dazu auf, „Maßnahmen gegen die Teuerung einzuleiten, bevor sie noch schlimmer wird.“ Konkret verlangt die AK, die Preissteigerungen zu kontrollieren: Steigen bei uns Grundnahrungsmittelpreise, müsse der Wirtschaftsminister prüfen lassen, ob es für die Preissteigerungen rechtfertigende Gründe gibt und ob sie stärker als in vergleichbaren Nachbarländern ausfallen; das heißt, ob es einen „Österreich-Aufschlag“ gibt. Weiters müsse den preistreibenden Spekulanten der Kampf angesagt werden – vor allem auf EU-Ebene soll sich hier die Regierung einsetzen. Und die Sprit-Preisbildung am Rotterdamer Markt muss nach Meinung der AK von der EU-Kommission überprüft werden. [hs]

Quellen: Pressemitteilung der Statistik Austria, 16.03.2011; Finanz-Journal.at, 01.04.2011; www.talk-teria.de, 01.04.2011; www.arbeiterkammer.at, 07.04.2011; help.orf.at, 08.04.2011

Anstieg der Energiekosten am deutlichsten. Deren Anteil an den Wohnkosten ist überdurchschnittlich hoch, womit diese Haushalte als „energiearm“ bezeichnet werden können. Grundsätzlich schlittern Haushalte zwar nicht wegen hoher Ausgaben für Energie wie Heizen und Strom in die Armutsfalle. Allerdings sind geeignete Maßnahmen notwendig, um die Energiepreissteigerungen abzufedern und arme beziehungsweise armutsgefährdete Haushalte zu entlasten.

Was versteht man unter Energiearmut?

Gegenwärtig liegt die Armutgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt laut EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) bei einem äquivalisierten Einkommen von 994 Euro pro Monat beziehungsweise 11.932 Euro pro Jahr (vgl. BMASK 2010). Insgesamt sind zwölf Prozent der Bevölkerung und somit rund eine Million Menschen von Armut betroffen. Davon kann die Hälfte als manifest arm bezeichnet werden, was bedeutet, dass diese Personen an einem Einkommensmangel leiden und finanziell depriviert sind. Finanzielle Deprivation ist unter anderem dann gegeben, wenn Personen nicht in der Lage sind, ihre Wohnung angemessen warm zu halten oder regelmäßige Zahlungen (wie Miete und Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung sind in Österreich 237.000

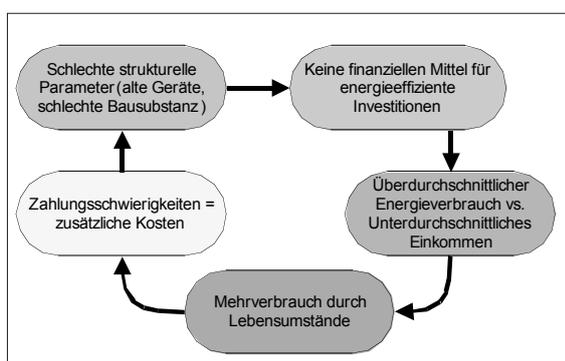
Personen nicht in der Lage, ihre Wohnungen oder Häuser angemessen zu heizen (vgl. BMASK 2010).

Bei jenen Haushalten, die von erhöhten Energiepreisen und mangelnder Energieeffizienz besonders betroffen sind, kann von Energiearmut gesprochen werden. In Großbritannien steht die Bekämpfung der „fuel poverty“ oder „energy poverty“ genannten Problematik schon seit über einem Jahrzehnt auf der politischen Tagesordnung. Energiearmut ist laut angelsächsischer Definition dann gegeben, wenn ein Haushalt mehr als zehn Prozent seines Haushaltseinkommens für Strom und Wärme ausgibt und darüber hinaus nicht in der Lage ist, die Wohnräume angemessen zu beheizen (vgl. Boardman 2010). Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt eine angenehme beziehungsweise angemessene Raumtemperatur bei rund 21 Grad Celsius für Haupt-Wohnräume und 18 Grad Celsius für andere bewohnte Zimmer (vgl. Department of Energy and Climate Change: <http://web.archive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.berr.gov.uk//energy/fuel-poverty/index.html>).

Ursachen

Als Hauptursachen für die Entstehung von Energiearmut wird in der einschlägigen Literatur (vgl. Boardman 1991, 2010) neben den hohen Energiepreisen und dem geringen Haushaltseinkommen die mangelnde Energieeffizienz in den Haushalten genannt. Durch das Zusammenwirken dieser Faktoren ergibt sich für die betroffenen Haushalte ein besonderer Kreislauf, der es schwierig macht, diesem Problem gezielt entgegenzuwirken (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Determinierende Faktoren von Energiearmut



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Proidl 2009

Da von Energiearmut betroffene Personen oftmals in kostengünstigen, aber unsanierten, energieineffizienten Wohnungen leben, haben sie relativ wenig Einfluss auf ihren Energieverbrauch und somit auf die Energiekosten. Hinzu kommt, dass Haushalte mit geringem Einkommen aufgrund der Lebensumstände häufig einen Mehrverbrauch aufweisen, da sich deren Bewohner beispielsweise durch Arbeitslosigkeit öfters in der Wohnung aufhalten (vgl. Forum Nachhaltiges Österreich 2008). Darüber hinaus müssen Personen der unteren Einkommensschicht oft Abschaltungen von Strom und Gas in Kauf nehmen, da sie ihre Rechnungen nicht mehr begleichen können. Hier belasten zusätzliche Kosten wie Mahngebühren und Ab- und Anschaltung von Zählern, die mit einer Abschaltung von Strom oder Wärme verbunden sind (vgl. Proidl 2009). Eine mögliche Lösung für diese Probleme wäre die Investition in energiesparende und effiziente Maßnahmen, die sich langfristig amortisieren, wie zum Beispiel eine Gebäudesanierung oder ein Geräte austausch. Den betroffenen Haushalten fehlen aber zum einen die finanziellen Ressourcen, zum anderen teilweise die relevanten Informationen.

Energiekosten

Unter Energiekosten werden jene Kosten verstanden, die für Heizen und für Elektrizität aufgewendet werden. Haushalte mit geringem Einkommen sind überdurchschnittlich von Energiepreisanstiegen betroffen und weisen höhere Energiekostenanteile an den Gesamtausgaben auf.

Im Jahr 2005 wurden in Österreich durchschnittlich 805 Euro pro Monat für Wohnraum, Energie und Wohnungsausstattung ausgegeben (vgl. Statistik Austria 2005, Konsumerhebung 2004/2005). Auf den ersten Blick machen die Energiekosten mit 4,7 Prozent nur einen vergleichsweise geringen Teil der monatlichen Ausgaben aus. Mit durchschnittlich 128 Euro pro Monat betragen sie aber immerhin rund ein Viertel der durchschnittlichen Wohnkosten von 502 Euro.

Während Haushalte der höchsten Ausgabenstufe in etwa ein Viertel ihrer äquivalisierten Verbrauchsausgaben für Lebensmittel und Wohnen aufwenden, geben jene in der niedrigsten Ausgabenstufe beinahe zwei Drittel dafür aus. Das unterste Haushaltsviertel hat dabei Kosten von 34 Prozent für Wohnen und Energie (ohne Wohnungsausstattung) zu tragen.

Aufgrund der Belastung der einkommensschwachen Haushalte mit den zunehmend steigenden Energiepreisen sind Maßnahmen notwendig, um der Energiearmut entgegenzuwirken.

Maßnahmen zur Verringerung von Energiearmut

Auf europäischer Ebene bestehen in unterschiedlichen Programmen und Richtlinien Intentionen, um eine Senkung des Energieverbrauchs, eine Erhöhung der Energieeffizienz und die Verringerung von Energiearmut herbeizuführen. Hier sollen im Sinne des Verbraucherschutzes besonders verletzbare Kunden (*vulnerable costumers*) geschützt werden, um deren Ausschluss von der Energieversorgung zu vermeiden. Im angelsächsischen Bereich, zum Beispiel in Großbritannien und Irland, existieren seit zehn Jahren statistische Erfassungen sowie eine Strategie und darin eingebettete Maßnahmen gegen Energiearmut. Großbritannien hat im Jahr 2001 als einer der ersten Staaten weltweit eine nationale Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut (*fuel poverty*) entwickelt, welche seither stetig vorangetrieben wird. Als Zielsetzung im Rahmen der *Fuel Poverty Strategy* steht die Bekämpfung von Energiearmut im Vordergrund, bis zum Jahr 2018 soll kein Haushalt mehr von Energiearmut betroffen sein (vgl. Department of Energy and Climate Change 2009).

Wie sieht es in Österreich mit Strategien zur Bekämpfung von Energiearmut aus? Zwar werden einige Maßnahmen und Projekte in diesem Bereich durchgeführt, dennoch existiert kein spezifisches Programm – weder in Österreich noch in Oberösterreich –, um dieser Problematik gezielt entgegenzuwirken. Auf nationaler Ebene werden bereits einige Projekte mit Versuchscharakter initiiert, die als erste Schritte zur Bekämpfung von Energiearmut gesehen werden können. Dazu zählen der Austausch von alten Haushaltsgeräten und Heizungssystemen, die Sanierung von Wohngebäuden oder Beratungsangebote speziell für einkommensschwache Haushalte. Energieeinsparpotenziale sind – wie die Ergebnisse eines Pilotprojektes von E-Control und Caritas zeigen – in armen Haushalten vorhanden und können auch mit geringen finanziellen Mitteln im eigenen Wirkungsbereich umgesetzt werden. Oftmals herrscht speziell in Hinblick auf schlechte Gebäudestandards eine Nutzer-Vermieter-Problematik, da Energieeinsparpotenziale außerhalb des Wirkungsbereichs der Mieter liegen. Die Verantwortung, thermische Sanierungsarbeiten oder den Austausch des Heizungssystems durchzuführen, liegt bei den Vermietern, Hausverwaltungen und Wohnbauträgern.

Energieberatungstools sind meist auf mittlere bis höhere Einkommensgruppen ausgerichtet. Um eine Sensibilisierung von unteren Einkommenschichten

für energierelevante Themen zu erreichen, wird ein individuelles Beratungskonzept notwendig. Persönliche Energieberatungen scheinen nach Ergebnissen des Pilotprojekts von Proidl 2009 ein geeignetes Tool, um auf individuelle Problemstellungen einzugehen und Handlungsbewusstsein im Umgang mit Energie zu schaffen. Solche Beratungen bieten nicht nur Sensibilisierungskomponenten, sondern auch Tipps zum Energiesparen.

Fazit

Die Belastung armutsgefährdeter Haushalte mit Energiekosten ist mittlerweile evident, doch fehlt auf nationaler Ebene eine kohärente Strategie, um die Energiearmut zu verringern. Die Betrachtung von unterschiedlichen Good Practice-Beispielen im europäischen Kontext zeigt, dass Energieberatung speziell für einkommensschwache Haushalte als sinnvoller Ansatz gesehen werden kann, um erste Schritte zur Eindämmung von Energiearmut zu setzen. Die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Akteuren stellt eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Maßnahmen dar: Nur durch die Kooperation aller Verantwortlichen ist ein Zugang zu einkommensschwachen Haushalten möglich, um hier in der Folge notwendige Beratungen durchzuführen.

Christina Friedl

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Energieinstitut an der JKU Linz und beschäftigt sich im Rahmen ihrer Dissertation mit dem Thema Energiearmut in privaten Haushalten. Kontakt: friedl@energieinstitut-linz.at

Quellen

- Boardman, B. (2010) Fixing Fuel poverty. Challenges and Solutions. Earthscan. London [u.a.].
- BMASK (2010) Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2009. Statistik Austria im Auftrag des BMASK. Sozialpolitische Studienreihe Band 5. Wien.
- Proidl, H. (2009) E-Control & Caritas – Pilotprojekt. Energieberatungen von einkommensschwachen Haushalten. Endbericht. E-Control GmbH. Wien.
- DECC – Department of Energy & Climate Change (2009) The UK Fuel Poverty Strategy. 7th Annual Progress Report 2009.
- Forum Nachhaltiges Österreich (Hrsg.) (2008) Trendreport 01. Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung. Wien.
- Statistik Austria (2006) Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005. Wien.

Energieverteuerung bremst Konjunkturerholung

Der Aufschwung von Export und Sachgütererzeugung trägt die Konjunkturerholung in Österreich, analysiert das WIFO. Im IV. Quartal des Vorjahres stieg das BIP gegenüber dem Vorquartal real um 0,8 Prozent und gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent. Die Investitionstätigkeit beginnt sich zu beleben, allerdings nicht in der Bauwirtschaft. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte wächst zwar stetig, aber mäßig. Getragen von der guten Industriekonjunktur sinkt die Arbeitslosigkeit weiter langsam. Der Anstieg der Verbraucherpreise belebt sich aufgrund des markanten Auftriebs der Energiepreise; deshalb gehen die Reallöhne pro Kopf merklich zurück.

Die Erholung der österreichischen Exportwirtschaft aus der Rezession kommt weiter rasch voran. Im Dezember 2010 lag der Produktionsindex der Sachgütererzeugung saisonbereinigt um 12 Prozent über dem Tiefstand vom Mai 2009. Damit wurden fast vier Fünftel des Produktionsrückgangs seit Herbst 2008 wettgemacht. Gemäß den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests vom Februar, einer monatlichen Befragung von rund 1.500 Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage, dürfte der momentane Aufwärtstrend anhalten: Die Produktionserwartungen der Unternehmen befinden sich auf hohem Niveau, sie verbesserten sich zu Jahresbeginn neuerlich auf einen Saldo von +21 Prozentpunkten; Auftragseingänge und Einschätzung der Geschäftslage in sechs Monaten spiegeln die positive Stimmung wider.

Nur verhaltene Erholung im Euroraum

Den Motor für die gute Industriekonjunktur bildet ein kräftiger Aufschwung in den asia-

tischen und lateinamerikanischen Schwellenländern. Deren Einfuhr treibt den Welthandel an, sein Volumen lag im IV. Quartal 2010 saisonbereinigt real um 2,6 Prozent über dem Wert des Vorquartals und um 11,3 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Die österreichische Exportwirtschaft profitiert von der Weltkonjunktur überwiegend über Zulieferbeziehungen zur weltmarktorientierten deutschen Wirtschaft. In Deutschland expandiert das BIP kräftig, das zieht die Konjunktur einer Gruppe von industrieorientierten EU-Ländern mit. Hingegen verharren EU-Länder mit anhaltenden Strukturproblemen und besonders restriktiver Budgetpolitik in der Rezession. Im Durchschnitt des Euro-Raumes kommt die Erholung nur verhalten voran.

Der österreichische Güterexport expandierte im IV. Quartal 2010 gegenüber dem Vorquartal um 1,0 Prozent und lag damit saisonbereinigt um 23 Prozent über dem Tiefstand vom II. Quartal 2009. Aufgrund des Anstiegs des Exports und der wachsenden Auslastung in der Sachgütererzeugung beleben sich allmählich auch die Ausrüstungsinvestitionen. Hingegen geben die Bauinvestitionen weiter nach, auch wegen der Einsparungen der Bundesländer im Wohnbau.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte nahm in Österreich auch in der Rezession leicht zu und trug damit wesentlich zur Stabilisierung der Konjunktur bei. Nun setzt sich ihr mäßiges Wachstum fort, im IV.

Abbildung 1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes Veränderung gegen das Vorjahr (Vorquartal) in %



Quartal war sie real um 0,2 Prozent höher als im Vorquartal und um 0,7 Prozent höher als im Vorjahr. Dazu trug vor allem der Anstieg der Beschäftigung bei: Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten war im Februar 2011 laut vorläufigen Schätzungen mit 3,2 Mio. um etwa 64.000 höher als im Vorjahr. Neben der stetigen Ausweitung des Stellenangebotes in den Dienstleistungsbranchen war dafür auch die Erholung der Industriebeschäftigung maßgebend. Die Zahl der Arbeitslosen ging zu Jahresbeginn weiter merklich zurück. Im Februar waren 292.000 Personen als arbeitslos registriert, um 21.000 weniger als im Vorjahr. Saisonbereinigt lag die Zahl der Arbeitslosen

bei 241.000, um 31.000 unter dem Höchstwert vom August 2009. Damit wurde allerdings erst weniger als die Hälfte des rezessionsbedingten Anstiegs der Arbeitslosigkeit wettgemacht.

Kräftiger Auftrieb der Rohstoffpreise

Die Schwäche der Erholung im Euro-Raum und die labile Lage des Finanzsystems galten bislang als größte Risiken der Konjunktur. Nun kommt der kräftige Auftrieb der Rohstoffpreise dazu. Anfang März kostete Rohöl der Sorte Brent über 110 US-Dollar je Barrel, ein Jahr zuvor noch knapp 80 Dollar. Auch die Notierungen von agrarischen und metallischen Rohstoffen

Übersicht 1: Ergebnisse der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2009	2010	2009				2010	
			III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorquartal in %								
<i>Real, saison- und arbeitstägig bereinigt</i>								
Konsumausgaben insgesamt			+ 0,5	- 0,1	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Private Haushalte ¹⁾			+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Staat			+ 1,3	- 0,3	- 3,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3
Bruttoinvestitionen			- 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,8
Bruttoanlageinvestitionen			- 0,2	- 0,8	- 1,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,1
Ausrüstungen			- 1,6	- 1,0	- 0,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,2
Bauten			- 0,6	- 0,6	- 0,9	- 0,9	- 0,8	- 0,7
Exporte			+ 1,7	+ 2,7	+ 3,2	+ 4,2	+ 3,2	+ 1,2
Waren			+ 3,5	+ 2,5	+ 3,1	+ 6,6	+ 4,7	+ 1,0
Dienstleistungen			- 0,7	+ 1,1	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,4
Importe			+ 0,8	+ 1,1	+ 2,4	+ 3,7	+ 2,7	+ 0,8
Waren			+ 2,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 4,2	+ 3,6	+ 0,6
Dienstleistungen			- 1,8	- 0,2	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,4	+ 0,4
Bruttoinlandsprodukt			+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,8
Sachgütererzeugung			+ 2,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 3,9	+ 3,5	+ 1,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %								
<i>Real, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen</i>								
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,1	+ 0,1	+ 2,3	+ 0,3	+ 1,8	- 1,2	- 0,0	- 0,2
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,7	+ 0,5	+ 3,2	- 1,1	+ 1,1	+ 0,7
Staat	+ 0,4	- 2,4	+ 1,2	- 0,1	- 2,0	- 1,7	- 3,3	- 2,6
Bruttoinvestitionen	- 12,7	+ 3,8	- 11,8	- 8,5	- 7,8	+ 6,1	+ 4,5	+ 9,6
Bruttoanlageinvestitionen	- 8,8	- 1,3	- 6,6	- 5,6	- 5,8	- 1,2	- 0,7	+ 1,5
Ausrüstungen	- 14,5	+ 1,8	- 13,1	- 12,0	- 6,1	+ 1,1	+ 3,5	+ 8,6
Bauten	- 6,0	- 3,4	- 3,6	- 1,6	- 5,5	- 2,5	- 3,4	- 3,0
Exporte	- 16,1	+ 10,8	- 15,6	- 7,5	+ 4,3	+ 13,6	+ 14,2	+ 11,5
Waren	- 18,6	+ 12,6	- 17,5	- 7,6	+ 5,0	+ 16,1	+ 16,5	+ 12,7
Dienstleistungen	- 9,5	+ 6,8	- 10,6	- 7,6	+ 2,6	+ 7,3	+ 8,8	+ 9,0
Importe	- 14,4	+ 9,2	- 12,5	- 9,6	+ 3,2	+ 10,7	+ 12,6	+ 10,3
Waren	- 15,3	+ 10,5	- 13,2	- 9,0	+ 4,5	+ 12,6	+ 14,0	+ 10,8
Dienstleistungen	- 10,7	+ 4,6	- 10,0	- 11,6	- 1,5	+ 3,6	+ 7,3	+ 8,5
Bruttoinlandsprodukt	- 3,9	+ 2,0	- 3,6	- 0,9	+ 0,1	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,7
Sachgütererzeugung	- 14,3	+ 6,7	- 14,1	- 6,8	- 0,1	+ 9,3	+ 8,2	+ 8,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	- 3,1	+ 3,5	- 2,9	+ 0,0	+ 1,4	+ 3,7	+ 4,4	+ 4,5

Q: WIFO. - ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

zogen auf den Weltmärkten kräftig an. Dies schlug bereits auf die Verbraucherebene durch: Im Jänner erreichte die Inflationsrate in Österreich 2,4 Prozent. Mehr als ein Drittel dieses Preisanstiegs ging auf die Verteuerung von Mineralölprodukten (Treibstoffe und Heizöl) zurück. Die Großhandelspreise lagen im Februar um 12,7 Prozent über dem Niveau des Vorjah-

res. Der Anstieg der Verbraucherpreise übertraf damit jenen der Tariflöhne bereits um 3/4 Prozentpunkte.

Quelle: Presseinformation des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Markus Marterbauer), 09.03.2011

Auswirkungen der Ölpreissteigerung auf die Haushalte

Die Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) prognostiziert: Die Ölpreise werden mittelfristig weiter steigen. Besonders ÖlheizerInnen und KFZ-VielfahrerInnen werden von der Teuerung betroffen sein.

„Auch wenn der aktuelle Anstieg der Ölpreise vorwiegend durch politische Ereignisse verstärkt wurde, die Preise für Heizöl und Treibstoffe werden auch nach einer Beruhigung der Lage in den arabischen Staaten mittelfristig weiter steigen“, mahnte Michael Cerveny, Energieexperte der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT), bei einer Pressekonzferenz in Linz.

„Wir sehen uns nicht nur dem Klimawandel gegenüber, sondern auch einer strukturellen Energiekrise, die die Welt in den nächsten Jahrzehnten grundlegend verändern wird“, so Cerveny. Die globale Erdölproduktion, die bereits seit Ende 2004 praktisch nicht mehr gesteigert werden konnte, dürfte in den nächsten Jahren stagnieren oder sogar zu sinken beginnen („Peak Oil“). Der Experte erwartet daher einen massiven Anstieg des Ölpreises – auch dann, wenn sich die Lage im arabischen Raum wieder beruhigt haben wird – und sieht sich mit seiner Meinung nicht allein: „Immer mehr gewichtige Stimmen, von der IEA¹ bis zu EU-Energiekommissar Öttinger, sehen die Gefahr einer Versorgungskrise am Erdölmarkt und damit einhergehend einer Preisexplosion als sehr real an“, beschrieb Cerveny die Situation.

ÖGUT-Studie „ZERSiedelt“

In einer aktuellen Untersuchung der ÖGUT, die vom Klima- und Energiefonds gefördert wird, wurden die Auswirkungen hoher Ölpreise auf verschiedene Siedlungsstrukturen und Haushaltstypen analysiert. In

diesem Forschungsprojekt wurde angenommen, dass der Rohölpreis auf 200 Dollar pro Barrel (bbl) ansteigt und dabei der Euro-/Dollar-Wechselkurs beim Jahresmittelkurs 2010 von 1,33 bleibt. Ein Barrel Rohöl würde somit 150 Euro kosten. Zur Ermittlung der Korrelation zwischen Rohölpreis und den Netto-Energiepreisen wurden historische Daten (Wochen-, Monats-, Quartalspreise) von EIA,² Fachverband Mineralölindustrie, AEA³ und E-Control herangezogen.⁴

Preissteigerungen bei Mineralölprodukten

Für die Brutto-Preise von Diesel und Benzin (Eurosper) sowie für den Heizölpreis (Abnahmemenge über 2.000 Liter) lagen – ebenso wie für Rohöl – insgesamt jeweils 424 Wochenwerte (vom Oktober 2002 bis November 2010) vor, für den Heizölpreis ergab sich eine Zeitreihe seit Jänner 2004 mit insgesamt 361 Wochenwerten. Nach Abzug der jeweils geltenden Steuern und Abgaben konnten die Netto-Preise für die Endenergieträger dargestellt und zu Analyse Zwecken in einer Datenbank erfasst werden. Dabei zeigte sich deutlich die starke zeitliche Kongruenz der Preisentwicklungen (Abb. 1). Anschließend wurde die extrem hohe Korrelation (das Bestimmtheitsmaß R^2 , das die direkte gemeinsame Varianz angibt, liegt jeweils zwischen 0,91 und 0,93) zwischen dem Rohölpreis (in Euro) und den Netto-Energiepreisen von Mineralölprodukten im Beobachtungszeitraum ermittelt. Für die Abschätzung der Nettopreise von Mineralölprodukten im „200 Dollar Szenario“ (= 150 Euro pro Barrel) wurde in der Folge eine lineare Trendextrapolation durchgeführt (Abb. 2). Diese ergab, dass die Preise um 80 bis 100 Cent pro Liter höher als bei einem Ölpreis von 70 Dollar (52 Euro/Barrel) liegen.

Preissteigerungen bei Erdgas

Da keine durchgängige Zeitreihe für die in Österreich regional streuenden Erdgas-Haushaltsnettopreise vorhanden ist, wurden diese wie folgt näherungsweise ermittelt: Aus dem in einer Indexreihe seit 2001 vorliegenden Erdgasimportpreis (E-Control, 2010)



Abbildung 1: Zeitliche Entwicklung der Preise für Rohöl, Diesel, Benzin und Heizöl extra leicht, Basis Nettopreise, Wochenwerte. Quelle: eigene Darstellung

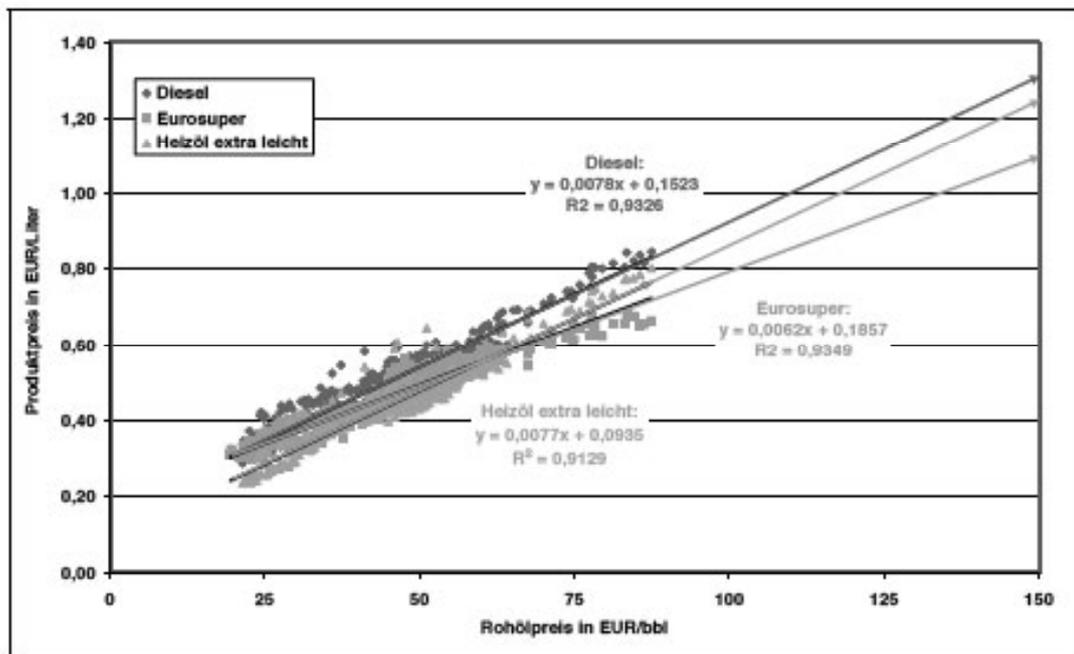


Abbildung 2: Rohölpreise und Nettopreise von Heizöl extraleicht, Diesel, Eurosuper und Trendextrapolation bis zum Wert von 150 € pro Barrel (= 200 \$) anhand einer Regressionsgeraden. Quelle: eigene Darstellung

wurde anhand einer Anzahl von Stützwerten eine Zeitreihe absoluter Werte gebildet. Insgesamt liegen 37 Werte vor und zwar jeweils für die Monate Jänner, April, Juli und Oktober zwischen 2001 und 2010. Für

die Rohölpreise wurden aus den oben beschriebenen Wochenwerten Monatswerte für jene Monate errechnet, für die Erdgasimportpreise vorlagen.

Es zeigt sich, dass der Erdgasimportpreis (EIPI) zeitversetzt dem Rohölpreis folgt, was im Licht der in den „Russengas-Verträgen“ fixierten teilweisen Rohölpreisbindung plausibel erklärbar ist. Der time-lag zwischen den beiden Zeitreihen liegt bei etwa drei Monaten. Daher ergibt sich auch zwischen den Zeitreihen lediglich ein Korrelationskoeffizient von $R^2=0,78$. Setzt man die Erdgasimportpreise jedoch mit den jeweils ein Quartal zuvor geltenden Rohölpreisen in Verbindung, erhält man eine extrem stark ausgeprägte Korrelation von $R^2=0,97$.

Um den Erdgasimportpreis für das „200 Dollar-Szenario“ (=150 Euro pro Barrel) zu erhalten, wurde wiederum eine lineare Trendextrapolation vorgenommen. In diesem Fall wird der Importpreis für Erdgas bei rund 5,5 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) statt – wie bei einem Ölpreis von 70 Dollar – bei 2,2 ct/kWh liegen. Der Importpreis läge also um rund 3,3 ct/kWh höher.

Auf den Haushaltspreis für Erdgas übertragen ergäbe sich – bei Netztarifen, Steuern und Abgaben auf dem Niveau von Dezember 2010 – ein um rund 4 ct/kWh höherer Preis (20% Umsatzsteuer): Der österreichweit durchschnittliche Bruttopreis läge demnach bei rund 10,5 ct/kWh (bei 70 Dollar: 6,5 Cent)

Preissteigerungen bei Strom

Da auch keine durchgängige Zeitreihe für die in Österreich regional streuenden Strom- Haushaltsnettopreise vorhanden ist, wurden diese wie folgt näherungsweise ermittelt: Es wurde auf den in einer monatlichen Indexreihe seit Jänner 2006 vorliegenden Strompreisindex (ÖSPI®) als Indikator für die Großhandelspreise für elektrische Energie zurückgegriffen. Die konkreten Einkaufsstrategien der Stromhändler können dabei nicht mitberücksichtigt werden.

Insgesamt liegen 61 Monatswerte seit Jänner 2006 vor. Für die Rohölpreise wurden aus den oben beschriebenen Wochenwerten Monatswerte für jene Monate errechnet, für die Werte des Strompreisindex vorlagen. Dabei wurde ersichtlich, dass die Bruttopreise für die Haushalte (also inklusive Netztarifen, Steuern und Abgaben) wesentlich schwächer auf Ölpreisänderungen reagieren (Abb. 4). Es zeigt sich auch, dass der Strompreis noch stärker als der Erdgasimportpreis zeitversetzt dem Rohölpreis folgt. Der time-lag zwischen Rohölpreis und Strommarktpreis beträgt rund 6 bis 9 Monate. Die Untersuchung zeigt, dass bei einem Offset zwischen den Zeitreihen von 9 Monaten mit $R^2=0,76$ die höchste Korrelation zwischen Rohölpreis und Strommarktpreis besteht.

Um den Strompreis für das „200 Dollar-Szenario“ (=150 Euro pro Barrel) zu erhalten, wurde eine lineare Trendextrapolation vorgenommen. In diesem Fall kommt der Strombeschaffungspreis – entsprechend zeitversetzt – bei rund 220 Indexpunkten zu liegen, während er bei einem Ölpreis von 70 Dollar bei durchschnittlich rund 115 Indexpunkten liegt. Die Steigerung beträgt also knapp 75 Prozent oder rund 7 ct/kWh. Auf den Haushaltspreis für Strom übertragen ergäbe sich eine Preissteigerung um rund 8,4 ct/kWh (20% Umsatzsteuer):⁵ Der österreichweit durchschnittliche Bruttopreis läge demnach bei rund 26,4 Cent/kWh (bei 70 Dollar: rund 18 Cent).

Direkte Auswirkungen eines Anstiegs auf 200 Dollar pro Barrel auf Haushalte in Österreich

Ein Ölpreisanstieg wird auf unterschiedliche Haushalte unterschiedliche Auswirkungen haben. Hierbei ist zwischen direkten und indirekten Auswirkungen zu differenzieren. Als „direkt“ werden jene Auswirkungen bezeichnet, die über den direkten Konsum von Energieträgern wirken. Hierzu zählen Benzin, Diesel,

	Preis bei einem Rohölpreis von 200 \$ (150 € /bbl)	Preis bei einem Rohölpreis von 70 \$ (52 € /bbl)
Treibstoffe (Mittelwert von Benzin und Dieselpreis)	2,00 € / Liter	1,06 € / Liter
Heizöl extraleicht	1,60 € / Liter	0,72 € / Liter
Erdgas (Österreich-Durchschnitt)	10,5 ct / kWh	6,5 ct / kWh
Strom (Österreich-Durchschnitt)	26,4 ct / kWh	18,0 ct / kWh

Tabelle 1: Gewählte Preisansätze für die weiteren Berechnungen. Quelle: eigene Berechnungen

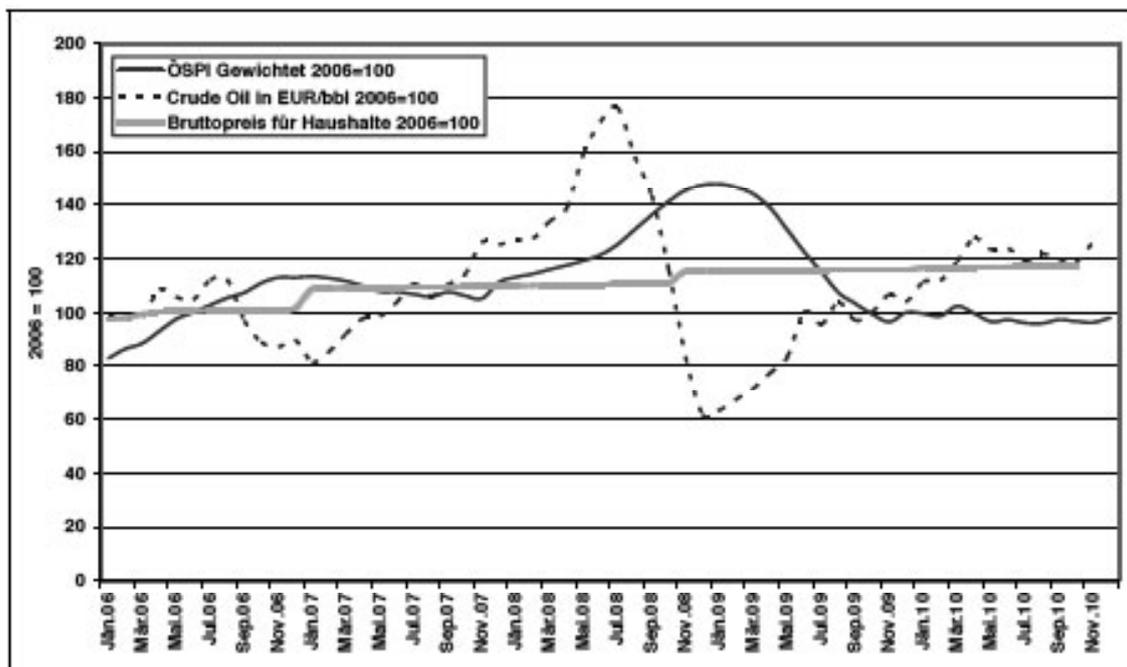


Abbildung 4: Zeitliche Entwicklung der Preise für Rohöl, und elektrische Energie (Haushaltsbrutttopreis und Großhandelspreis, repräsentiert durch den Strompreisindex), Basis Monatswerte. Quelle: eigene Darstellung

Heizöl, Erdgas, Elektrizität, Pellets etc. Preissteigerungen bei diesen Produkten werden eine direkte Belastung des Haushaltsbudgets und/oder eine Umstrukturierung der Nachfrage mit sich bringen.

„Indirekte Auswirkungen“ sind über ökonomische Folgewirkungen zu erwarten, die im Anstieg des Rohölpreises ihre Ursache haben. Da Rohölprodukte als Input für viele Produkte und Dienstleistungen fungieren, ist auf breiter Front mit Kosten- und daher mit Preiserhöhungen zu rechnen. Die höheren Ölpreise verteuern insbesondere energie- und transportintensive Produkte und führen damit zu einer Erhöhung der Inflationsrate. Dies wiederum hat „indirekte“ Auswirkungen auf die Haushalte bzw. ihre Kaufkraft.⁶

Beschreibung von sechs Beispielshaushalten

Es wurden sechs Beispielshaushalte definiert, je zwei im städtischen Bereich, zwei in „Suburbia“ (zersiedelter „Speckgürtel“), zwei im ländlichen Bereich. Durch die sechs Fallbeispiele sollte das Spektrum der Betroffenheit möglichst weit aufgespannt werden, gleichzeitig sollten die Beispielshaushalte aber für Österreich „typische“ Gegebenheiten/Haushaltssituationen repräsentieren. Im Folgenden die Annahmen für die sechs Beispielshaushalte im Überblick:

1. „Urbaner Single“: wohnt in einer innerstädtischen 60 m² Wohnung in einem teilsanierten großvolumi-

gen Altbau (Heizenergieverbrauch: 70 kWh/m² pro Jahr). Heizung und Warmwasser werden mit einer Erdgas-Kombitherme abgedeckt. Der Stromverbrauch beträgt 1.000 kWh im Jahr. Der/die BewohnerIn legt im Jahr nur 3.000 km mit dem Auto zurück (z.B. kein eigenes Auto, aber Car-Sharing oder Mietwagen für Ausflüge/Urlaube).

2. „Stadttrand-Paar“: wohnt in einem ganz gut sanierten Einfamilienhaus (Reihenhaus) mit 120 m² (beheizter) Wohnnutzfläche und mit einem jährlichen Heizenergieverbrauch von 70 kWh/m². Heizung und Warmwasser werden mit einer Erdgas-Kombitherme abgedeckt. Der Stromverbrauch beträgt 2.000 kWh/a. Das (Ehe-)Paar verfügt über ein Auto, legt damit aber aufgrund der guten Infrastruktur im Wohnumfeld nur 5.000 km pro Jahr zurück.

3. „Speckgürtel-Familie“: Die dreiköpfige Familie wohnt in einem teilsanierten, freistehenden Einfamilienhaus mit 150 m² (beheizter) Wohnnutzfläche und mit einem jährlichen Heizenergieverbrauch von 120 kWh/m². Heizung und Warmwasser werden mit einer Ölheizung abgedeckt. Der Stromverbrauch beträgt 3.000 kWh/a. Die Familienmitglieder verfügen über zwei PKW und legen damit jährlich insgesamt 23.000 km zurück.

4. „Suburbia-Paar“: Das junge (noch kinderlose) Paar wohnt in einem neu gebauten Niedrigenergie-Einfamilienhaus mit 150 m² (beheizter) Wohnnutzfläche und mit einem jährlichen Heizenergieverbrauch von 40 kWh/m². Heizung und Warmwasser werden mittels Wärmepumpe(n) abgedeckt. Der Stromverbrauch (exklusive für den Betrieb der Wärmepumpen) beträgt 2.000 kWh/a. Das berufstätige Paar verfügt über zwei PKW und legt damit jährlich insgesamt 15.000 km zurück.

5. „Land-Großfamilie“: Die vierköpfige Familie (davon zwei bereits volljährige Kinder) wohnt in einer ländlichen Gegend in einem unsanierten freistehenden Einfamilienhaus mit 150 m² (beheizter) Wohnnutzfläche und mit einem Heizenergieverbrauch von 200 kWh/m² pro Jahr. Heizung und Warmwasser werden mit einer Ölheizung abgedeckt. Der Stromverbrauch beträgt 4.000 kWh/a. Alle vier Familienmitglieder verfügen über je einen PKW und legen damit jährlich insgesamt 30.000 km zurück.

6. „Landwirte-Großfamilie“: Die vierköpfige Familie (davon zwei bereits volljährige Kinder) wohnt in einem unsanierten freistehenden Bauernhof mit 150 m² (beheizter) Wohnnutzfläche und mit einem jährlichen Heizenergieverbrauch von 200 kWh/m². Heizung und Warmwasser werden mit einer Biomasseheizung (Stückholz oder Hackgut) abgedeckt. Der Stromverbrauch (nur für die Wohnung, nicht für die Landwirtschaft) beträgt 4.000 kWh/a. Alle vier Familienmitglieder verfügen über je einen PKW und legen damit jährlich insgesamt 30.000 km zurück.

Für die oben definierten sechs Beispielshaushalte wurden in der Folge jeweils die Energiekosten – aufgeteilt auf Heizung und Warmwasser, Mobilität (Treibstoffe) sowie Strom – für folgende Szenarien gerechnet:

- „70 Dollar-Szenario“ (52 Euro pro Barrel)
- „200 Dollar-Szenario“ (150 Euro pro Barrel)

Die Differenz der Energiekosten stellt die Mehrkosten dar. Dabei bleiben allfällige Einsparmaßnahmen der Haushalte aufgrund der höheren Preise unberücksichtigt. Die im Folgenden ausgewiesenen Mehrkosten durch erhöhte Energiepreise beschreiben somit den „Schockzustand“ im ersten Jahr nach dem Öl- bzw. Energiepreisanstieg und noch vor Umsetzung jeglicher Energiesparmaßnahmen in den Beispielshaushalten.

Die Berechnungsergebnisse zeigen die enorme Bandbreite der Auswirkungen auf unterschiedliche Haus-

halte. Der Energiekostenanstieg kann im Bereich von wenigen hundert Euro pro Jahr (Single-Haushalt mit geringem Heizenergieverbrauch und geringer individueller Mobilität) liegen, aber auch auf über 5.000 Euro pro Jahr steigen (hoher Heizölverbrauch aufgrund des schlechten thermischen Zustands des [großen] Wohnhauses und jährlichen PKW-Kilometerleistungen im Bereich von 30.000 km oder mehr). Im Einzelnen zeigen die Fallbeispiele, dass vor allem drei Faktoren von entscheidender Bedeutung für die Auswirkungen auf einen Haushalt sind:

1. *Art des Brennstoffs*: An erster Stelle ist die Art des Heizmaterials entscheidend für die Mehrkosten. Wer mit Heizöl oder dem Mineralölprodukt Flüssiggas heizt – und das waren im Winter 2007/08 in Österreich rund 822.000 Haushalte (Statistik Austria, 2011) – muss mit den größten Kostensteigerungen rechnen. Im Vergleich dazu sind die „Gasheizer“ oder „Stromheizer“ (Wärmepumpen) deutlich weniger betroffen. Die Preissteigerungen von biogenen Brennstoffen (Scheitholz, Hackgut, Pellets) sind zum einen aufgrund der unübersichtlichen Preissituation (einen transparenten Markt mit gut dokumentierten Preis-Zeitreihen gibt es für Pellets, kaum aber für Hackgut und Stückholz) und zum anderen aufgrund der Tatsache, dass es auf regionaler Ebene sehr „informelle Märkte“ (Eigenwald etc.) gibt, nicht prognostizierbar. Für den Beispielshaushalt 6 wurde angenommen, dass diese Landwirte-Familie über eigenes Holz verfügt und insofern von allfälligen Preissteigerungen auf dem „Brennholzmarkt“ nicht betroffen ist.

2. *Jährliche PKW-Kilometerleistung*: Hinsichtlich der Kostenrelevanz für den Haushalt liegt der jährliche Treibstoffverbrauch mit der Art des Heiz-Brennstoffs praktisch gleichauf. Der Treibstoffverbrauch resultiert in erster Linie aus der jährlichen Kilometerleistung, die sich unter anderem aus der Lage des Wohnhauses, der Familiengröße und anderen Faktoren (Ausmaß der beruflichen Nutzung, Urlaubsmobilität etc.) ergibt. Der Treibstoffverbrauch hängt zusätzlich noch vom spezifischen Verbrauch des PKW ab: In den angeführten Fallbeispielen wurde allerdings der durchschnittliche Treibstoffverbrauch pro PKW nicht variiert, sondern mit 7,2 Liter pro 100 km konstant angenommen. Durch noch „extremere“, aber durchaus realistische Annahmen könnte die Mehrkostenbelastung im Treibstoffbereich für einen Beispielshaushalt noch wesentlich höher ausfallen. Beispielsweise wären die Mehrkosten für einen Haushalt, der jährlich 50.000 km in PKWs mit 10 Litern pro 100 km zurücklegt, im Bereich von 4.700 Euro nur für Treibstoffe. Solche Werte dürften für etwa TagespendlerInnen mit über

100 km pro Richtung oder für HandelsvertreterInnen durchaus realistisch sein.

3. *Wärmeverbrauch*: Die Berechnungen zeigen, dass auch der thermische Zustand des Gebäudes und die Haushaltsgröße (beheizte Wohnnutzfläche) von entscheidender Bedeutung sind. Diese beiden Faktoren wurden in den sechs Fallbeispielen stark variiert (vom Niedrigenergie-Neubau im Fallbeispiel 4 bzw. der Kleinwohnung im Fallbeispiel 1 bis zum unsanierten Altbau in den Fallbeispielen 5 und 6). Nicht variiert wurde die Art der Warmwasserbereitung.⁷

Zusammenfassung und Ausblick

Als zentrales Ergebnis der ÖGUT-Studie wurde in der Pressekonferenz festgehalten: Bei einem angenommenen Ölpreis von 200 US-Dollar (rund 150 Euro) pro Barrel würden die Preise für Heizöl und Treibstoffe um fast einen Euro über das Niveau steigen, das sie bei einem Ölpreis von 70 Dollar hatten. „Für die Haushalte würde das bedeuten, dass die jährlichen Mehrkosten im Bereich von wenigen hundert Euro bis zu 5.000 Euro betragen werden“ erläuterte Energieexperte Michael Cerveny. Vor allem zwei Gruppen würden massiv von Mehrkosten betroffen sein: Haushalte, die mit Heizöl heizen und Haushalte, die jährlich zig Tausend PKW-Kilometer zurücklegen.

Cervenys Fazit: „Nur wenn es uns gelingt, eine nachhaltige Energieversorgung zustande zu bringen, werden uns die drohenden Versorgungskrisen und die damit verbundenen Preisanstiege weniger treffen“.

10-Jahres-Bilanz der Lohnentwicklung in Deutschland

Die durchschnittlichen Bruttoverdienste pro Beschäftigtem sind zwischen 2000 und 2010 real um vier Prozent gesunken.

Die Löhne und Gehälter in Deutschland sind zwischen 2000 und 2010 weit hinter den Gewinn- und Kapital-einkommen zurückgeblieben. Die durchschnittlichen Bruttoverdienste pro Beschäftigtem sind real – also nach Abzug der Inflation – im vergangenen Jahrzehnt sogar gesunken: 2010 lagen sie um vier Prozent niedriger als im Jahr 2000. Zu diesem Ergebnis kommt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Reinhard Bispinck, im aktuellen Tarifpolitischen Jahresbericht des WSI.¹

Wichtigstes Ziel müsse es daher sein, den Energieverbrauch absolut und deutlich zu senken. „Und zweitens müssen wir auf die erneuerbaren Energien setzen – nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes: Sie werden auch langfristig verlässlicher und kostengünstiger als fossile Energien sein. Wir sollten uns den Rat von Fatih Birol, dem Chefökonom der IEA zu Herzen nehmen. Er hat gesagt: ‚Wir sollten uns vom Erdöl verabschieden bevor sich das Erdöl von uns verabschiedet‘“, so der Experte abschließend.

Quelle: „Dramatische Auswirkungen der Ölpreissteigerungen auf Haushalte und Wirtschaft“, Information zur Pressekonferenz mit LR Rudi Anschober, Linz, 02.03.2011

Anmerkungen

- 1 International Energy Agency
- 2 Environmental Investigation Agency
- 3 Austrian Energy Agency
- 4 Mehr über „ZERSiedelt“ auf <www.zersiedelt.at>
- 5 Dabei wird unterstellt, dass sich der Nettoenergiepreis im Verkauf der Stromhändler um denselben Betrag wie der Energieeinkaufspreis, repräsentiert durch den Strompreisindex, ändert. Damit bliebe die Marge der Stromhändler konstant.
- 6 Die Analyse der indirekten Auswirkungen eines dauerhaft hohen Ölpreises würde ein volkswirtschaftliches Simulationsmodell erfordern, was laut ÖGUT im Rahmen der Studie nicht möglich war.
- 7 Keine Annahme von Solaranlagen etc. Das Warmwasser wird in allen Fallbeispielen vom Heizsystem bereitgestellt.

Sieben Mal, 2001 sowie in den sechs Jahren zwischen 2004 und 2009, mussten die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen. Lediglich in drei Jahren gab es reale Zuwächse, zuletzt 2010. Schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Deregulierung am Arbeitsmarkt haben dazu beigetragen, dass sich die Bruttoeinkommen in den Nullerjahren schwach entwickelten. So verstärkten die Hartz-Reformen, die das Arbeitslosengeld II einführten und einen Boom bei der Leiharbeit ermöglichten, den Druck auf die Verdienste. Der Niedriglohnsektor in Deutschland wuchs.

Verteilungsspielraum nur teilweise ausgeschöpft

Deutlich besser sieht es bei der Entwicklung der tariflichen Löhne und Gehälter aus, so Bispincks Analyse: Sie lagen am Ende des Jahrzehnts real um knapp

sieben Prozent höher als am Anfang. Allerdings blieb auch das Wachstum der durchschnittlichen Tariflöhne hinter dem Anstieg von Produktivität und Preisen zurück. Mit diesen beiden Komponenten definieren Ökonomen den so genannten neutralen Verteilungsspielraum. Wird er ausgeschöpft, ist die Aufteilung der Unternehmenserträge zwischen Inhabern und Beschäftigten stabil. Steigen die Löhne langsamer, erhöht sich der Anteil der Unternehmer am Ertrag.

Das ist im vergangenen Jahrzehnt geschehen, zeigt die Analyse: Während Produktivität und Verbraucherpreise in Summe um mehr als 28 Prozent zulegten, stiegen die nominalen Tariflöhne um gut 24 Prozent. Nur in einigen Branchen, etwa der Chemie- und der Metallindustrie, wurde der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum bei den Tariflöhnen ausgeschöpft, viele Wirtschaftszweige lagen hingegen deutlich unter dieser Marke. Und weil zeitgleich die Tarifbindung sank, manche Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten tarifliche Öffnungsklauseln nutzten oder Tarifsteigerungen auf noch vorhandene übertarifliche Lohnbestandteile anrechneten, schlugen Steigerungen der Tarife nur zum Teil auf die durchschnittlichen Bruttoverdienste durch. Mit einem nominalen Anstieg von knapp 13 Prozent zwischen 2000 und 2010 blieben diese um mehr als 15 Prozentpunkte hinter dem Verteilungsspielraum zurück.

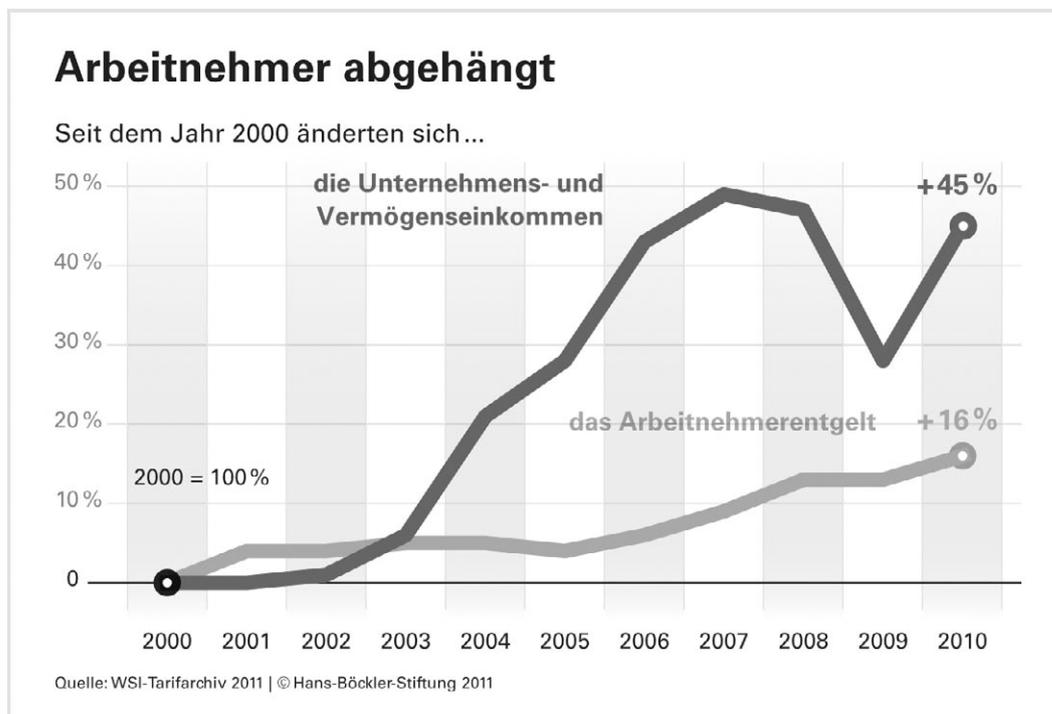
Wachsende Ungleichheit bei der Einkommensverteilung

Zuwächse bei den Einkommen seien nur die eine Seite, wenn es um die lohnpolitische Einordnung des vergangenen Jahrzehnts geht, betont Tarifexperte Bispinck. So hätten beispielsweise die Gewerkschaften darüber hinaus auch verschiedene qualitative Ziele verfolgt. Dazu zählten unter anderem Verbesserungen bei Arbeitszeiten, bei der Aus- und Weiterbildung oder Regelungen, welche die betriebliche Altersvorsorge sichern und die demographische Entwicklung in den Betrieben gestalten sollen. Und während der Finanz- und Wirtschaftskrise gelang es, hunderttausende Jobs zu sichern. Gleichwohl sieht der Wissenschaftler eine wachsende Ungleichheit bei der Einkommensverteilung als charakteristisch für die vergangene Dekade an. So entwickelten sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die zwischen 2000 und 2010 nominal (nicht inflationsbereinigt) um 45 Prozent zulegten, fast dreimal so stark wie die Arbeitnehmerentgelte. Diese wuchsen über das letzte Jahrzehnt lediglich um 16 Prozent.

Quelle: Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung, 03.02.2011

Anmerkung

- 1 Rainer Bispinck/WSI-Tarifarchiv: Beschäftigungssicherung und gedämpfte Lohnentwicklung. Tarifpolitischer Jahresbericht 2010, einsehbar auf: www.boeckler.de



Leben am Limit

Die Teuerungen treiben immer mehr Menschen in die Armut. Im Vorjahr waren rund 7.530 OberösterreicherInnen auf die Hilfe der Caritas angewiesen, gab die Hilfsorganisation beim Start ihrer Haussammlung bekannt.

„Wenn eine allein erziehende Mutter verzweifelt ist, weil sie ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen kann oder ein Mindestpensionist frieren muss, weil er für die Befüllung des Heiztanks kein Geld mehr hat, dann ist Feuer am Dach. Immer öfter kommen Menschen in die Beratungsstellen der Caritas in Oberösterreich, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht mehr finanzieren können“, berichtet Mathias Mühlberger, Direktor der Caritas in Oberösterreich.

Teuerungen erhöhen das Armutsrisiko

Schuld daran sind mitunter auch die rasant steigenden Preise bei Gütern des täglichen Bedarfs. Die Inflationsrate stieg laut Statistik Austria im Februar 2011 auf drei Prozent. Das war der höchste Wert seit Oktober 2008. Hauptpreistreiber sind die hohen Treibstoff- und Heizölpreise (+22% bzw. +30% im Jahresabstand) sowie die steigenden Mieten bei Wohnungen (+2,6%). Aber auch Lebensmittel wurden im letzten Jahr durchschnittlich um 4,3 Prozent teurer. Die Ausgaben für Treibstoffe, Wohnen und Nahrungsmittel verursachen mittlerweile bereits drei Fünftel der Inflationsrate.

Die Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs erhöhen das Armutsrisiko für jedermann/jede Frau enorm. Es braucht nur ein Stein zu kippen und der Dominoeffekt in die Armut schlägt zu: Verlust des Arbeitsplatzes, eine Trennung oder eine plötzliche Krankheit. Wenn dann etwa noch die Waschmaschine oder das Auto kaputt werden, rutscht man völlig in die Armut ab. „Viele Menschen, die zu uns in die Beratung kommen, sagen uns, sie hätten nie damit gerechnet, dass sie jemals bei der Caritas um Hilfe bitten müssen“, weiß Mathias Mühlberger.

Ausgaben fürs Wohnen treiben Menschen in die Armut

Rund 3.830 Menschen haben sich im Jahr 2010 an die zwölf Caritas-Beratungsstellen in ganz Oberösterreich gewandt. Fast 60 Prozent davon waren Frauen, mehr als die Hälfte Familien mit Kindern. Zählt man die Familienangehörigen dazu, so waren rund 7.530 OberösterreicherInnen im Jahr 2010 auf die Hilfe der Caritas angewiesen. Vor allem die Ausgaben fürs Wohnen treiben die Menschen vermehrt in die Armut. Beinahe 40 Prozent aller OberösterreicherInnen, die sich im Vorjahr an die Caritas wandten, hatten akute Probleme, sich Mietkosten, Strom und Heizung leisten zu können. Vom monatlichen Durchschnittseinkommen in der Höhe von 534 Euro, das KlientInnen der Caritas in OÖ zur Verfügung haben, müssen bereits über 40 Prozent fürs Wohnen ausgegeben werden.

„Es kann nicht sein, dass es dem Sozialstaat Österreich seit Jahrzehnten nicht gelingt, Gruppen wie AlleinerzieherInnen oder Mehrkindfamilien aus der Armutsfalle zu holen“, kritisiert Mühlberger. Laut Statistik Austria waren im Jahr 2009 insgesamt 12 Prozent der Bevölkerung bzw. rund eine Million Menschen in Österreich armutsgefährdet, 145.000 davon in Oberösterreich. Die Armutsgefährdung bei Familien mit drei und mehr Kindern liegt sogar bei 20 Prozent.

Mindestsicherung ermöglicht keine „gesicherte“ Existenz

Keine spürbare finanzielle Verbesserung sieht der Direktor der Caritas in Oberösterreich in

Quelle: Mediendienst der Caritas in Oberösterreich



der bedarfsorientierten Mindestsicherung, welche die bisherige „Sozialhilfe“ ablösen wird. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt derzeit laut EU-SILC für eine Einzelperson pro Monat bei 994 Euro (12 Mal im Jahr), die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird in Oberösterreich laut Gesetzesentwurf pro Person und Monat 812,10 Euro (12 Mal im Jahr) betragen und ermöglicht daher nicht wirklich eine gesicherte Existenz. „Als Caritas leisten wir neben Beratung und Begleitung auch finanzielle Überbrückungshilfe für

Menschen in Not. Den Sozialstaat armutsfest machen, muss allerdings die Regierung“, fordert Mühlberger. Unter anderem brauche es dazu dringend mehr günstigen Wohnraum.

Quelle: Leben am Limit: Teuerungen treiben Menschen in die Armut. Pressemitteilung der Caritas in Oberösterreich (Ulrike Wright), 01.04.2011

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

www.kurswechsel.at

Jahresprogramm 2011

Heft 1: **Zukunftsaussichten**

Der Kurswechsel wird 25, und die aktuelle Krise wird 3: Zeit für eine Zwischenbilanz! Müssen wir wieder über wirtschaftliche Stagnation reden? In welche Richtung zielt die Forderung nach einem gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischen Kurswechsel heute?

Heft 2: **Die andere österreichische Schule – Kurt Rothschild**

Kann der 2010 verstorbene Kurt Rothschild als Inspirationsgeber für eine andere *österreichische Schule* der Ökonomie verstanden werden, die anders als Hayek und Co. eine emanzipatorische Ausrichtung hat?

Heft 3: **Rohstoffe – Strategien und Konflikte**

Rohstoffe bewegen die Welt: Ihre Ausbeutung katapultiert die einen in den Club der Reichen und macht die anderen arm, befeuert die Finanzmärkte, zieht die Umwelt in Mitleidenschaft und löst geopolitische Auseinandersetzungen aus. Wie funktioniert der umkämpfte Zugang zu Rohstoffen und wie geht es weiter?

Heft 4: **»We are family«? Care Ökonomie**

Leistungen *mit Gefühl* sind existenzielle Voraussetzung des Lebens, aber sperren sich gegen eine rein wirtschaftliche Betrachtung. Welche Schwierigkeiten und Konflikte treten dabei auf, wer ist wie betroffen und welche alternativen Organisationsmöglichkeiten sind denkbar?

Ich bestelle:

- o Kurswechsel-Jahresabonnement à € 29,-
- Als Abo-Geschenk wähle ich eines der folgenden Bücher:
 - o Polt-Heinzl: *Einstürzende Finanzwelten*. Markt, Gesellschaft & Literatur
 - o Raus aus der Sackgasse. Bürgerinitiativen und Bürgerbeteiligung in Wien
 - o Halmer / Krobath: *Lexikon der Sabotage*
- o Ermäßigtes StudentInnenabo à € 18,- o Einzelheft Nr. / à € 10,50
- o gratis Ansichtsexemplar

Bestellungen

per E-Mail: sonderzahl-verlag@chello.at
 per Fax: 0043-1-586 80 70
 per Post an: Sonderzahl Verlag, Große Neugasse 35/15, 1040 Wien

Let's organize

Vergangenen Dezember fand in Linz eine internationale Erfahrungswerkstätte zu Organizing statt. Ein Tagungsrückblick von Sandra Stern und Gerhard Gstöttner-Hofer.

Gewerkschaften verlieren Mitglieder. Und das weltweit. Österreichische Gewerkschaften sind verstärkt seit den 1990er Jahren mit massiven Mitgliederverlusten und Finanzproblemen konfrontiert. Mittlerweile hat sich der Organisationsgrad des ÖGB von 62,8 Prozent (1970) auf 28,9 Prozent (2008) mehr als halbiert (OECD 2010). Der Hintergrund dafür sind nachhaltige strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft: Privatisierungen und Deregulierungen im öffentlichen Sektor, der Rückgang des Industriesektors – und damit der gewerkschaftlichen Hochburgen – sowie die Ausbreitung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse, vor allem im Dienstleistungsbereich, stellen traditionelles gewerkschaftliches Handeln vor große Herausforderungen (Traxler/Pernicka 2007; Brinkmann et al. 2008).

Aus alt mach neu – Gewerkschaftliche Strategien jenseits der Einflusslogik?

Gewerkschaften haben auf diese Veränderungen reagiert, auch in Österreich. Doch der gewerkschaftliche Fokus lag jahrzehntelang auf der rechtlichen und sozialen Absicherung des (Vollzeit erwerbstätigen) männlichen „Familienernährers“ mit österreichischer Staatsangehörigkeit. Und der gewerkschaftliche Aktionsradius beschränkte sich in vielen Ländern auf nationalstaatliche Grenzen. Gewerkschaften haben daher an Macht eingebüßt. Nach wie vor kann zwar für Österreich nicht die Rede von einem Ende der Sozialpartnerschaft sein, wie es beispielsweise für Deutschland aufgrund der schwindenden gewerkschaftlichen Durchsetzungsmacht diagnostiziert wird (Streek 2005). Doch mittlerweile stehen auch österreichische Gewerkschaften in bestimmten Branchen und Bereichen immer häufiger mit dem Rücken zur Wand. Nicht nur in Zeiten der Wirtschaftskrise hat die ArbeitgeberInnenseite ihre Strategien dementsprechend angepasst. Und spätestens seit den rechtskonservativen ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierungskoalitionen ist klar, auch österreichische Gewerkschaften können sich nicht mehr ausschließlich auf die sozialpartnerschaftliche Einflusslogik verlassen, sondern müssen ihr Strategierepertoire erweitern (Gstöttner-Hofer et al. 2000; Pernicka/Aust 2007).

Let's organize – Vorwärts zu den Wurzeln!

Vor diesem Hintergrund trafen sich vergangenen Dezember in Linz über 70 GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen, WissenschaftlerInnen und AktivistInnen aus anderen sozialen Bewegungen im Jägermayrhof, dem Bildungshaus der Arbeiterkammer Oberösterreich. Diskutiert wurden neue gewerkschaftliche Strategien in Deutschland, der Schweiz und Österreich, die in den vergangenen Jahren im Rahmen von Organizing-Kampagnen in verschiedenen Gewerkschaften erprobt wurden.

Organizing wurde in den 1990er Jahren mit der „Justice for Janitors“-Kampagne der US-amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU (Service Employees International Union) als neue und stark konfliktorientierte gewerkschaftliche Strategie bekannt. Damals forderten überwiegend latein- und afroamerikanische Putzfrauen und -männer in Los Angeles menschenwürdige Löhne und eine Krankenversicherung für sich und ihre Familien. Letztlich gelang es der SEIU in einem Bündnis mit anderen sozialen Bewegungen und einer breiten Öffentlichkeit, die sich angesichts der massiven Polizeigewalt mit den friedlich demonstrierenden Putzfrauen und -männern solidarisierte, das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, als Menschenrecht zu thematisieren. So wurde der Arbeitskampf von häufig illegalisierten und undokumentiert arbeitenden MigrantInnen um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zum Referenzpunkt gewerkschaftlicher und sozialer Kämpfe in den USA, aber auch darüber hinaus (Bronfenbrenner 1998; Milkman et al. 2010).

Auch im deutschsprachigen Raum haben Gewerkschaften in den letzten Jahren neue Strategien entwickelt. Erfahrungen mit Organizing gibt es in Deutschland innerhalb der Gewerkschaften ver.di, IG Metall und IG BAU sowie beim Beratungsnetzwerk OrKa (Organisierung und Kampagnen). Auch die schweizerische Gewerkschaft UNIA hat speziell im Kanton Zürich ihre Arbeitsweise in den vergangenen Jahren dahingehend umgestellt. In Österreich laufen seit zwei Jahren Organizing-Ausbildungen für die hauptamtlichen SekretärInnen der Gewerkschaft Bau-Holz und im Rahmen der ÖGB-Personalentwicklung (Bremme et al. 2007; Kaiser et al. 2011).

Ob es sich um Putzfrauen, Sicherheitskräfte, VerkäuferInnen bei Schlecker oder Lidl, Beschäftigte am Bau oder in Krankenhäusern handelt, Organizing zielt immer darauf ab, dass sich Menschen als handelnde AkteurInnen verstehen und kollektive Strategien für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu ent-



Bei der Erfahrungswerkstätte im Jägermayrhof wurden neue gewerkschaftliche Strategien diskutiert, die in den letzten Jahren im Rahmen von Organizing-Kampagnen erprobt worden waren. Quelle: Sandra Stern

wickeln und durchzusetzen lernen. Organizing soll dadurch die Durchsetzungsmacht von Gewerkschaften wieder stärken und rührt damit auch an den Wurzeln der Gewerkschaftsbewegung.

Sandra Stern
Gerhard Gstöttner-Hofer

Gerhard Gstöttner-Hofer ist als Erwachsenenbildner im AK-Bildungshaus Jägermayrhof tätig. Er ist Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der FH OÖ für Sozialmanagement. Sandra Stern ist Universitätsassistentin an der Abteilung für Wirtschafts- und Organisationssoziologie des Instituts für Soziologie der JKU Linz. Sie beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Gewerkschaftsorganisationen und gewerkschaftlichen Strategien und ist Gewerkschaftsaktivistin. Weitere Informationen zur Erfahrungswerkstätte unter: <http://join-your-local-union.blogspot.com>

Literatur

Bremme, Peter/Fürniß, Ulrike/Meinecke, Ulrike (Hg.) (2007): Never work alone: Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften. VSA-Verlag, Berlin.
Brinkmann, Ulrich/Choi, Hae-Lin/Detje, Richard/Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Karakayali, Serhat/Schmalstieg, Catharina (Hg.) (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms.

Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
Bronfenbrenner, Kate/Friedman, Sheldon/Hurd, Richard W./Oswald, Rudolph A./Seeber, Ronald L. (Hg.) (1998): Organizing to Win. New Research on Union Strategies. Cornell University Press, Ithaca/London.
Gstöttner-Hofer, Gerhard/Greif, Wolfgang/Kasier, Erwin/Deutschbauer, Petra (Hg.): Mobilisierung und Kampagnenfähigkeit. Impulse für die gewerkschaftliche Interessendurchsetzung. ÖGB-Verlag, Wien.
Kaiser, Erwin/Wall-Strasser, Sepp/Gotthartsleitner, Beate/Gstöttner-Hofer Gerhard/Füreder, Heinz (Hg.) (2011): Eine schlagkräftige Bewegung bilden. Impulse zur gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung. ÖGB-Verlag, Wien.
Milkman, Ruth/Bloom, Joshua/Narro, Victor (Hg.) (2010): Working for justice: The L.A. model of organizing and advocacy. Cornell University Press, Ithaca/London.
OECD (2010): Trade union density in OECD countries 1960-2008, URL: <http://stats.oecd.org/index.aspx>
Pernicka, Susanne/Aust, Andreas (Hg.): Die Unorganisierten gewinnen. Gewerkschaftliche Rekrutierung und Interessenvertretung atypisch Beschäftigter – ein deutsch-österreichischer Vergleich. Edition Sigma, Berlin.
Streeck, Wolfgang (2005): Nach dem Korporatismus: Neue Eliten, neue Konflikte. MPIfG Working Paper 05/4, Köln.
Traxler, Franz/Pernicka, Susanne (2007): The State of Unions: Austria. In: Journal of Labor Research. Vol. 28/2: 207-232.

EU-Vorhaben im Sozial- und im Bildungsbereich

Sozialminister Hundstorfer und Unterrichtsministerin Schmied informierten Anfang April die Abgeordneten im Parlament in einer Jahrvorschau über Vorhaben der Europäischen Union, die ihre Ressorts betreffen.

Der 22 Seiten starke Bericht über Vorhaben der EU in den Bereichen Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, den Sozialminister Rudolf Hundstorfer am 4. April im Nationalrat präsentierte, basiert auf dem 18-Monate-Programm des Rates für den Zeitraum Jänner 2010 bis Juni 2011 sowie auf dem Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission. Was die für den Berichtszeitraum geplanten Kommissions-Initiativen anbelangt, werde das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) in 12 Fällen federführend sein, heißt es im Bericht.

Europäische Kommission setzt fünf politische Prioritäten

Zu den fünf zentralen politischen Prioritäten des aktuellen Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission zählen die Bewältigung der Wirtschaftskrise und die Förderung des Aufschwungs, die Belebung des Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Kreation eines Raums der Freiheit, Sicherheit und des Rechts, die Stärkung der Rolle der Europäischen Union auf dem internationalen Parkett sowie die Aufnahme von Verhandlungen über einen modernen EU-Haushalt. Was die Initiativen der Kommission anbelangt, soll ein Schwerpunkt auf die Unterstützung des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Konjunkturbelebung gelegt werden. Außerdem gehe es darum, die "Europa 2020"-Strategie in allen Aktivitätsbereichen der Union zu verankern.

Für das Ressort Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz werden unter anderem die auf europäischer Ebene zu setzenden Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, zum Schutz von KleinganerInnen und VerbraucherInnen beim Zugang zu Bankdienstleistungen und Krediten sowie zur angemessenen und nachhaltigen Altersvorsorge von unmittelbarer Relevanz sein. Im Rahmen des zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik gestarteten Konsultationsverfahrens ist laut Bericht bereits eine Stellungnahme Österreichs unter Beteiligung des BMASK an die Kommission ergangen. Für das erste Halbjahr 2011 erwartet man bereits erste Verordnungsvorschläge für

den Europäischen Sozialfonds (ESF) und die Strukturfonds. Die endgültige Ausgestaltung dieser Verordnung sei für die zukünftige Bedeutung und Handlungsfähigkeit des ESF im Rahmen der aktiven Beschäftigungspolitik Österreichs zentral.

Schwerpunkte der ungarischen Ratspräsidentschaft

Der Rat setzt sich unter spanischer, belgischer und ungarischer Präsidentschaft für die Forcierung von Wachstum und Beschäftigung sowie für die Stärkung Europas ein. Außerdem sollen Schwerpunkte auf Fragen der Bürgernähe und der Nachbarschaftspolitik gelegt werden, heißt es im Bericht. Der inhaltliche Fokus der ungarischen Ratspräsidentschaft im Bereich Beschäftigung richtet sich auf das Thema Jugendbeschäftigung. Im Rahmen der EU-2020-Strategie wird die Umsetzung der Governance im Bereich Beschäftigung und Soziales im Zentrum stehen.

Der Rat für "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" (BESO-Rat) befasst sich im Berichtszeitraum außerdem mit den Themen der beiden Leitinitiativen "Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten" und "Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung". Im Kontext der bereits vorliegenden Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 wird er im Juni 2011 Schlussfolgerungen zum Themenbereich Beschäftigungsmöglichkeiten annehmen. Zuvor wird sich der BESO-Rat mit der Integration der Roma in Europa befassen. Unter ungarischem Vorsitz wolle man überdies Schlussfolgerungen zur Reduktion der Kinderarmut annehmen und sich intensiv mit dem Konsumentenschutz auseinandersetzen: Ein wesentlicher Schwerpunkt ist dabei die mögliche Einigung über die Verbraucherrechte-Richtlinie.

Österreichische Position zu wesentlichen EU-Initiativen

Zu vier der insgesamt sieben im Bericht vorgestellten Initiativen äußert sich Österreich grundsätzlich positiv. Vorbehalte hat man allerdings, was die Umsetzung der Mutterschutz-Richtlinie anbelangt: Die Verlängerung des Mutterschutzurlaubs über 16 Wochen lehnt Österreich aus Kostengründen ab, außerdem präferiert man eine Trennung von Mutterschafts- und Elternurlaub. Die im Rahmen der Richtlinie diskutierte weitgehende Wahlfreiheit der Arbeitnehmerin bei Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubs widerspreche dem bewährten österreichischen Konzept eines verpflichtenden absoluten Beschäftigungsverbots

acht Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt, heißt es im Bericht. Eine zusätzliche Schutzfrist befürwortet man nur im Falle von Früh-, Mehrlings- und Kaiserschnittgeburten.

Abwartend steht Österreich der Richtlinie, mit der Mindestvorschriften zum Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Gefährdungen durch elektromagnetische Felder im beruflichen Alltag implementiert werden sollen, gegenüber, zumal diesbezüglich noch kein konkreter Vorschlag vorliegt. Eine allfällige Verschlechterung des Arbeitsschutzes durch eine Richtlinienänderung lehnt man in jedem Fall ab. Abwartend äußert man sich auch zur Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit: Den unbefristeten Leistungsexport von Arbeitslosengeld für arbeitslose selbständige Grenzgänger lehnt Österreich jedenfalls ab.

Dem Vorschlag der Kommission, das Jahr 2012 zum "Europäischen Jahr für aktives Altern" auszurufen, wird indes zugestimmt. Hier gehe es unter anderem darum, das Potenzial älterer Menschen bewusst zu machen und zu nutzen, so der Bericht.

Grundsätzlich unterstützen könne Österreich auch den Vorschlag zur Gleichbehandlungsrichtlinie, da die bislang bestehenden Lücken geschlossen, die bestehende Hierarchisierung der Diskriminierungsgründe ausgebaut und für alle bisher nicht erfassten Diskriminierungsgründe Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichbehandlung (auch außerhalb der Arbeitswelt) geschaffen wurden. Österreich fordert aber eine Kohärenz mit der so genannten "Antirassismusrichtlinie" ein. Außerdem stehe fest, dass ein Abgehen vom Gleichbehandlungsgebot in jedem Fall sachlich gerechtfertigt und notwendig sein müsse, weshalb die Schaffung eng begrenzter, eindeutiger Ausnahmeregelungen unumgänglich sei.

Was die Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie anbelange, begrüßt Österreich die zwischen Rat und Europäischem Parlament im Vermittlungsverfahren vereinbarte Regelung des Bereitschaftsdienstes. Nicht aktive Zeiten wären damit nicht auf das Höchstmaß der Arbeitszeit anrechenbar. Auch sei der Vorschlag der Kommission, der eine unterschiedliche Anrechnung der Bereitschaftszeiten auf die wöchentliche Höchstarbeitszeit vorsieht, unterstützenswert.

In Hinblick auf die geplante Änderung der Entsenderichtlinie, die entsandten ArbeitnehmerInnen den Anspruch auf jene Arbeitsbedingungen und Löhne sichert, die vergleichbaren ArbeitnehmerInnen im Beschäftigungsstaat zustehen, hält man die Verbesserung

der Behördenzusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten grundsätzlich für unterstützenswert, um wirksame Kontrollen gegen Sozialdumping durchführen zu können. Zur Erleichterung dieses Vorgehens soll ein elektronisches System für den Austausch von Informationen aufgebaut werden, ein diesbezügliches Pilotprojekt startet im zweiten Quartal 2011. In diesem Kontext sei aber auch die Gewährleistung einer effektiven grenzüberschreitenden Rechtsdurchsetzung notwendig. Die Neuverhandlung der Entsenderichtlinie dürfe außerdem nicht dazu führen, dass ArbeitnehmerInnenrechte eingeschränkt werden, so der Bericht des Sozialministeriums abschließend.

Bildung als Kernbereich der EU 2020-Strategie

Am selben Tag hat auch die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, Claudia Schmied, dem Parlament einen Bericht über die strategische Jahresplanung 2011 ihres Ministeriums vorgelegt, die gleichfalls auf dem 18-Monatsprogramm des Rates und dem Arbeitsprogramm der Kommission basiert.

Beim in der EU 2020-Strategie festgeschriebenen Vorhaben der Kommission, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu generieren, kommt dem Bildungsbereich eine Schlüsselrolle zu. Als diesbezügliche Kernziele benennt der Bericht die Senkung der Schulabbrecherquote auf höchstens 10 Prozent und die Erhöhung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschul- oder gleichwertigem Abschluss auf mindestens 40 Prozent. Was die Schulabbruchrate anbelangt, sei die Zielvorgabe bereits erreicht, doch würden weiterhin Maßnahmen gesetzt, um Jugendliche länger im Bildungssystem zu halten und ihnen Chancen auf einen zweiten Bildungsweg einzuräumen, heißt es im Bericht.

Zur Umsetzung der EU 2020-Strategie lanciert die Kommission sieben Leitinitiativen, für die der Bereich Bildung eine wesentliche Grundlage zur Zielerreichung darstellt. Die Leitinitiativen "Jugend in Bewegung", "Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen", "Digitale Agenda für Europa", "Innovationsunion" sowie "Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung" sind für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) dabei von besonderer Relevanz. Als Chance für Österreich wertet man außerdem die neue makroregionale EU-Strategie für den Donauraum. Unterrichts- und Sozialministerium übernehmen hier die Koordination des Prioritätsbereichs "Investitionen in Menschen und Qualifikationen".

Vorhaben der Kommission im Bildungsbereich

Zu den nicht-legislativen Vorhaben des Jahres 2011 zählt unter anderem die Mitteilung der Kommission über eine Initiative für neue Kompetenzen, aufbauend auf der Europa 2020-Leitinitiative "Neue Kompetenzen für Neue Beschäftigungsmöglichkeiten". Was diesen Bereich anbelangt, stehe man in ganz Europa vor großen Herausforderungen, da in der nächsten Dekade neue Arbeits- und Beschäftigungsfelder entstehen und in Folge mit einem Volumen von rund sieben Millionen neuen Arbeitsplätzen zu rechnen sei.

Zur Leitinitiative "Jugend in Bewegung" plant die Kommission eine "Empfehlung im Hinblick auf die Förderung und die Validierung des nicht formalen und informellen Lernens", der das Unterrichtsministerium große Bedeutung zumisst, da die Frage der Anerkennung von informellen und nicht formalen Lernergebnissen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Österreich besitze mit der Externistenmatura bereits ein erfolgreiches Modell der Anerkennung von Wissen und Kompetenzen, die außerhalb des formalen Bildungssystems erworben wurden, hält der Bericht fest. Was die Mitteilung der Kommission zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung betrifft, so begrüßt Österreich diese Initiative der Kommission, da qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung sozioökonomischen Defiziten entgegenwirken könne. Das BMUKK hat sich außerdem 2009 erfolgreich für eine neue europäische Benchmark zur Vorschulbildung eingesetzt: Ziel soll es nunmehr sein, mindestens 95 Prozent der Kinder ab dem vierten Lebensjahr eine vorschulische Betreuung zukommen zu lassen.

Was die Bemühungen der Kommission für den Bereich (Bildungs-)Mobilität anbelangt, muss nach Auffassung des Ministeriums die Realität nationaler Haushalte und die Verfügbarkeit von Daten berücksichtigt werden. Es reiche außerdem nicht aus, quantitative Aspekte bei der Bewertung des Nutzens von Mobilität zu Lernzwecken zu betrachten, sondern diese müsse man auch mit qualitativen Kriterien in Beziehung setzen.

Bildungspolitische Schwerpunkte der Ratspräsidentschaften

Als inhaltliche Grundlage für den bildungspolitischen Teil des 18-Monatsprogramms des Rates unter spanischer, belgischer und ungarischer Präsidentschaft fungiert der Strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, zu dem Rat und Kommission 2012 einen gemeinsamen Fortschrittsbericht vorle-

gen werden. Ziel der europäischen Bildungszusammenarbeit ist es, die Qualität und Effizienz der Bildungssysteme Europas zu steigern: Ein Mehr an Bildung bedeute schließlich auch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und ein geringeres Armutsrisiko, heißt es dazu im Bericht. Der Bedeutung des Faktors Bildung soll deshalb auch im Rahmen des Vorschlags für den mehrjährigen EU-Finanzrahmen nach 2013 Rechnung getragen werden. Unter ungarischer Ratspräsidentschaft soll es unter anderem zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema Begabtenförderung kommen.

Die Vorbereitungen für die nächste Generation des Programms "Lebenslanges Lernen", das die Chancen der BürgerInnen am Arbeitsmarkt erhöhen und einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leisten soll, sind bereits angelaufen. Unterrichts- und Wissenschaftsministerium vertreten in einer akkordierten Position die Auffassung, dass sich die Struktur des Programms bewährt hat und deshalb auch nach 2014 beibehalten und ausgebaut werden soll. Das Unterrichtsministerium setzt sich außerdem für einen stärkeren Fokus auf die Berufsbildung und die Zielgruppe der Lehrkräfte ein.

Auf Basis des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) wurde in Österreich Anfang 2011 eine Koordinationsstelle für den Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) eingerichtet. Zielsetzungen des EQR bzw. NQR bestehen in der Erleichterung der Vergleichbarkeit von Qualifikationen und Bildungssystemen und in der Förderung der Durchlässigkeit innerhalb und zwischen formalen und nicht formalen Bereichen des Bildungssystems. Derzeit (von Februar bis Juni 2011) läuft eine Simulationsphase, in der Kriterien und Verfahren getestet werden sollen, informierte die Unterrichtsministerin.

Im Juni 2009 haben das Europäische Parlament und der Rat außerdem eine Empfehlung zur Einrichtung eines europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (EQARF) beschlossen. Darin werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, den europäischen Referenzrahmen zur Weiterentwicklung der eigenen Berufsbildungssysteme zu nutzen. Das BMUKK ist auf diesem Gebiet seit mehr als zehn Jahren tätig, so Schmied. Mit der Qualitätsinitiative Berufsbildung (QIBB) besitze Österreich außerdem bereits ein Qualitätsmanagementsystem für die berufsbildenden Schulen.

Quellen: Parlamentskorrespondenz Nr. 333 und Nr. 340, Wien, 04.04.2011

Verstärkte Anstrengungen gegen Menschenhandel

ForscherInnen der Universität Göttingen und der London School of Economics and Political Science (LSE) erstellten einen Index zur Messung staatlicher Maßnahmen gegen Menschenhandel für 177 Länder weltweit.

Jedes Jahr werden etwa 700.000 Frauen und Kinder Opfer von internationalem Menschenhandel. Nach Einschätzung von Interpol ist der Handel mit Menschen nach Drogen- und Waffenhandel das drittgrößte grenzüberschreitende Verbrechen und mit mehreren Milliarden Dollar Umsatz einem Bericht des Europarats zufolge die drittgrößte Einnahmequelle der organisierten Kriminalität.

ForscherInnen der Universität Göttingen und der London School of Economics and Political Science (LSE) haben nun einen Index zur Messung staatlicher Maßnahmen gegen den Menschenhandel entwickelt. Dazu haben die Göttinger Entwicklungsökonom Axel Dreher und Seo-Young Cho gemeinsam mit Eric Neumayer von der LSE im Zeitraum von 2000 bis

2009 Statistiken aus 177 Ländern ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass viele Länder den Kampf gegen Menschenhandel zwar verstärkt haben, im Bereich „Opferschutz“ aber deutliche Defizite aufweisen.

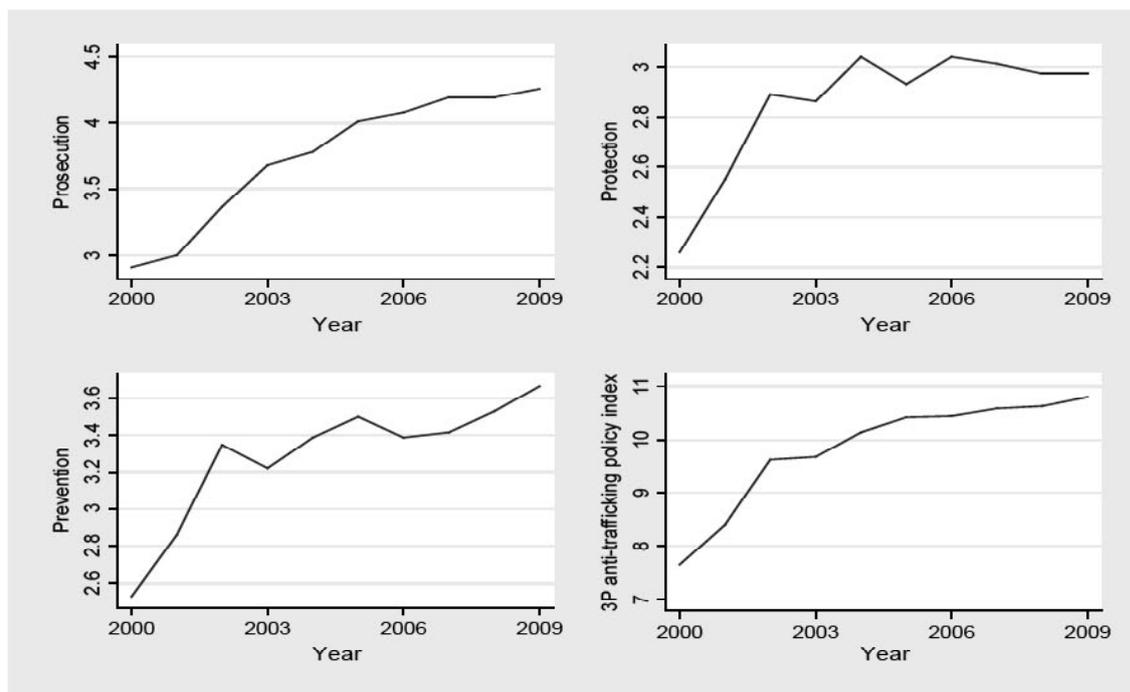
Stark wachsendes Phänomen

In den letzten Jahrzehnten hat der Menschenhandel weltweit an Bedeutung gewonnen. Der illegale Handel mit Menschen über Ländergrenzen hinweg verstößt gegen die Menschenrechte der Opfer und bedroht die nationale Sicherheit. Er wirkt sich negativ auf die betroffenen Volkswirtschaften aus, z.B. über die Zunahme der Schattenwirtschaft und des organisierten Verbrechens.

Der Menschenhandel wird durch die zunehmende Globalisierung begünstigt. Da Länder ungeachtet geographischer Entfernungen durch den technologischen Fortschritt zunehmend enger verbunden sind, sind auch illegale Menschenströme zu einem globalen Phänomen geworden. Die Menschenhändler rekrutieren ihre Opfer weltweit und schaffen sie oft über Kontinente hinweg von einem Land in das andere.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des internationalen Menschenhandels überrascht es nicht, dass die internationale Gemeinschaft Gegenmaßnahmen

Figure 1. Anti-trafficking Policy worldwide, 2000-2009



Quelle: www.human-trafficking-research.org

ergriffen hat. Unter diesen ist das „Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels im Rahmen des UNO-Übereinkommens gegen die transnationale organisierte Kriminalität“, mit dem die internationale Gemeinschaft einen Rahmen für die nationale Gesetzgebung vorgibt, von vorrangiger Bedeutung.

Bewertung in drei Kategorien

Aber nicht nur politische Gremien, auch die Wissenschaft interessiert sich zunehmend für die Ausgestaltung der Politik gegen den Menschenhandel. Sie sieht sich allerdings dem Problem gegenüber, dass bislang vergleichbare landes- und regionenspezifische Statistiken zum Thema Menschenhandel fehlten, um etwaige Ansatzpunkte für die Verfolgung der Täter und den Schutz der Opfer zu finden.

Diese Lücke schließt nun der von den Göttinger WissenschaftlerInnen entwickelte Index. Die ForscherInnen bewerteten dabei 177 Länder in drei Kategorien: Strafverfolgung, Vorbeugung von Menschenhandel und Schutz der Opfer. Die Ergebnisse zeigen, dass die Staaten ihre Anstrengungen im Kampf gegen den Menschenhandel in den vergangenen zehn Jahren verstärkt haben. Vor allem in den Bereichen „Verfolgung“ und „Prävention“ wurden mehr Anstrengungen unternommen. Eine Ausnahme bildet jedoch der Opferschutz. In diesem Bereich lässt sich im Zeitverlauf sogar ein Rückgang erkennen (vgl. Abbildung, S. 25). „Dieses Ergebnis könnte andeuten, dass viele Länder eher abgeneigt sind, die meist ausländischen Opfer von Menschenhandel zu schützen“, vermutet Professor Dreher.

Im Jahr 2009 erreichten insgesamt sieben Länder die höchste Punktzahl 15 auf der Skala für die beste politische Verfahrensweise im Kampf gegen den Menschenhandel: Deutschland, Australien, die Niederlande, Italien, Belgien, Schweden und die USA. Knapp dahinter lagen mit 14 Punkten Frankreich, Norwegen, Südkorea, Kroatien, Kanada, Österreich, Slowenien und Nigeria. „Bemerkenswert ist, dass fast allen Ländern der zweiten Gruppe die Höchstpunktzahl aufgrund verminderter Leistungen im Bereich Opferschutz verwehrt werden musste“, so Projektkoordinatorin Seo-Young Cho. „Dieses Ergebnis deutet an, dass selbst in Ländern mit gut fundierten Maßnahmen gegen den Menschenhandel offenbar nur eine geringe Bereitschaft zum rechtlichen Schutz der Opfer besteht.“

Mangelnder Opferschutz

Der mangelnde Opferschutz ist insofern nicht nur ein Problem von bzw. in Entwicklungsländern. Dass einige Industrieländer ebenso wenig Anstrengungen machen, die Opfer zu schützen, zeigt das Beispiel Großbritannien: Die Opfer von Menschenhandel müssen dort damit rechnen, inhaftiert zu werden, da sie gegen das Einwanderungsrecht verstoßen. Diese Rechtslage verstößt gegen das internationale Protokoll, sodass Großbritannien in den vergangenen zwei Jahren mit dem niedrigen Wert von 2 kodiert wurde, auch wenn das Land in der Präventions- und in der Strafverfolgungspolitik vorbildlich agiert. Mit der kleinstmöglichen Punktzahl insgesamt schneidet Nordkorea am schlechtesten ab und bildet gemeinsam mit Somalia das Schlusslicht.

Die Auswertung der Daten ergab zudem, dass viele Länder ihren Kampf gegen Menschenhandel verstärken, wenn entweder Nachbarländer ihre Richtlinien im Vorjahr verbessert haben oder wenn andere Länder mit ähnlicher politischer und kultureller Ausgangssituation ihre Gesetzgebung im Vorjahr verschärfen. „Allerdings ist es wahrscheinlich, dass die Menschenhändler als Ergebnis schärferer Gesetze ihre Aktivitäten in ein Nachbarland verlagern, welches dann als Ziel-, Ursprungs- oder Transitland dient“, erklärt Axel Dreher. „Daher ist es notwendig, mögliche negative Auswirkungen, die einem Land durch einen verstärkten Kampf gegen Menschenhandel im Nachbarland entstehen können, mit Hilfe verschärfter staatlicher Maßnahmen aufzufangen.“

Jährliches Update

Der Index staatlicher Maßnahmen gegen den Menschenhandel wird jährlich erweitert. Die neueste Rangliste wird im Sommer 2011 veröffentlicht. Detaillierte Informationen über die Methodologie des Index sowie Erläuterungen der Forscher sind auf der Internetseite <<http://www.human-trafficking-research.org>> zu finden. Dort kann auch der gesamte Datensatz der jährlichen Bewertung aller Länder in den gemessenen Bereichen mit Grafiken abgerufen werden.

Quellen: Bernd Ebeling: Verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen Menschenhandel, Pressemitteilung der Georg-August-Universität Göttingen Nr. 70/2011, 06.04.2011; Seo-Young Cho, Axel Dreher und Eric Neumayer: Politik gegen Menschenhandel ist ansteckend, Ökonomenstimme, 16.03.2011

Schwerpunkt Soziallehre

Mitte März wurde der Jahresbericht 2010 der Katholischen Sozialakademie Österreichs präsentiert, der über die Bildungsangebote, Veranstaltungen und Publikationen der Akademie in diesem Jahr informiert.

8.926 Menschen hat die Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe) 2010 mit ihren politischen Bildungsangeboten für Erwachsene in ganz Österreich und außerhalb erreicht. Das geht aus dem vor kurzem in Wien präsentierten Jahresbericht 2010 hervor. "Der Schwerpunkt der Arbeit der ksoe liegt bei der Katholischen Soziallehre und deren Umsetzung in die Praxis", erklärt Pater Alois Riedlsperger SJ, Leiter der ksoe. "Dies geschieht in allen drei Bereichen der ksoe: Gesellschaftspolitik, Politische Erwachsenenbildung und Organisationsentwicklung."

Ökonomie

Besonders gefragt war 2010 laut Riedlsperger das Thema Ökonomie. Der Lehrgang "Geld und Leben. Wirtschaftskompetenz entwickeln" 2008-2010 der ksoe-frauenakademie konnte erfolgreich abgeschlossen werden, ein neuer zweijähriger Lehrgang startete im Herbst. Zwei Veranstaltungsreihen thematisierten die Finanz- und Wirtschaftskrise aus der Geschlechter- bzw. aus der Gemeinwohl-Perspektive. MitarbeiterInnen der ksoe waren 2010 für Vorträge, workshops und Artikel zu den Themenfeldern Finanzmärkte, Wirtschaftsethik, ethische Geldanlagen, feministische Ökonomie und solidarisches Wirtschaften als ExpertInnen gefragt. Die Expertise der ksoe wurde von Bildungshäusern und -werken genauso in Anspruch genommen wie von unterschiedlichen Organisationen zum Zweck der internen Weiterbildung oder von Institutionen für die Fortbildung von LehrerInnen.

Europa

Die europäische Dimension gewinnt für die Arbeit der ksoe zunehmend an Bedeutung. Im Europäischen Parlament fand am 24. März des Vorjahres die "Erste Europäische Konferenz zum Schutz des arbeitsfreien Sonntags" statt, an der die von der ksoe koordinierte Allianz für den freien Sonntag Österreich teilgenommen hat. Das neu erschienene "Jahrbuch Gerechtigkeit" - die ksoe ist Mitherausgeberin - thematisiert die soziale Spaltung innerhalb Europas in Arm und Reich. Die Buchpräsentation "Friedensmacht Europa" verweist auf die Rolle der EU in Hinblick auf eine

neue Weltordnung. Die ksoe hat 2010 mit dem Projekt MINESOB (Mittleuropäisches Netzwerk Sozial-ethischer Bildung) den Aufbau länderübergreifender Kooperationen zur sozialetischen Bewusstseinsbildung und Entwicklung sozialetisch relevanter Projekte begonnen. Mit dem Symposium "Politik: Problem oder Lösung" in der Tschechischen Botschaft wurden Fragen der sozialen Verantwortung in Tschechien und Österreich thematisiert. Die Veranstaltung bildete den Abschluss des Lehrgangs "Soziale Verantwortung", der gemeinsam mit tschechischen PartnerInnen von 2008 bis 2010 durchgeführt worden ist.

Projekte mit kirchlichen Organisationen

Die Katholische Soziallehre wird von der ksoe auch in Organisationen und Unternehmen umgesetzt, erklärt Riedlsperger. Ein besonderes Augenmerk lag 2010 bei Projekten mit kirchlichen Organisationen und Ordensgemeinschaften. "Viele kirchliche Einrichtungen und Ordensgemeinschaften befinden sich in einem Prozess der Umstrukturierung. Daraus entsteht der Bedarf nach Klärung des Auftrags, Planung des personellen Einsatzes und Entscheidung über Weiterführung oder Übergabe von Einrichtungen". Die ksoe unterstützt kirchliche Organisationen und Ordensgemeinschaften professionell durch Moderation von Klausuren und Begleitung von Entscheidungsprozessen. Zu den AuftraggeberInnen zählten 2010 unter anderem die Diözesen Feldkirch, Linz und St. Pölten, die Erzdiözesen Salzburg und Wien, Caritas (Diözese Innsbruck), Kolping Österreich, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Barmherzige Brüder Wien sowie die Kreuzschwestern, Provinz Europa Mitte.

Ausblick 2011

Für 2011 kündigt Pater Alois Riedlsperger zwei zentrale Aktivitäten an. Dem Erscheinen des ersten päpstlichen Sozialrundschriftens "Rerum novarum" vor 120 Jahren wird mit einem Festakt und einem Studientag (13./14.5.2011, Horn und Altenburg) gemeinsam mit der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und der Papst-Leo-Stiftung sowie mit einem ksoe-Dossier Rechnung getragen. Und das 10-jährige Bestehen der "Allianz für den freien Sonntag Österreich" wird am 18. Oktober mit einem Festakt im Parlament begangen werden.

Quelle: ksoe-Pressemitteilung, 15.03.2011 (Markus Blümel). Der Jahresbericht ist verfügbar über: http://www.ksoe.at/ksoe/index.php?option=com_content&task=view&id=19&Itemid=34

Mikrokredite und Social Businesses – Bausteine für eine gerechtere Marktwirtschaft

Es ist erst ein paar Wochen her, da geisterte der Name Muhammad Yunus durch die Medien. Der Wirtschaftswissenschaftler, Friedensnobelpreisträger aus dem Jahr 2006 und Mit-Begründer der Mikrokredit-Bank Graheem, wurde im März 2011 seiner Funktion als Geschäftsführer der Graheem-Bank enthoben. Nach einer kurzen Phase der Empörung ist es wieder still geworden um jenen Volkshelden aus Bangladesch, der mit seiner Idee der Mikrokredite zur Bekämpfung von Armut weltweit Aufsehen erregt hat.

Muhammad Yunus, geboren in Bangladesch, studierte und arbeitete in den USA. In seinen Büchern berichtet er, wie die Idee zu den Kleinstkrediten entstand. Bei einer Exkursion mit Studierenden ins gerade erst unabhängig gewordene Bangladesch Mitte der 1970er Jahre hat er hart arbeitende Frauen getroffen, die über horrenden Zinsen klagten, sodass kaum etwas von ihrer Hände Arbeit zum Leben blieb:

„Ganz besonders schockierte mich die Begegnung mit einer Frau, die sich kurz zuvor fünf Taka (den Gegenwert von rund sieben US-Cent) von einem Geldverleiher und Zwischenhändler geliehen hatte. Sie brauchte diesen kleinen Betrag, um Bambus zu kaufen, aus dem sie Stühle für den Weiterverkauf fertigte. Der Zinssatz für solche Kredite war sehr hoch, er lag bei bis zu zehn Prozent pro Woche. Noch schlimmer war allerdings die mit diesem Kredit verbundene besondere Bedingung: Die Frau musste ihre gesamte Produktion an den Geldverleiher verkaufen, der nach eigenem Gutdünken über den Preis entschied.“

In dem von ihm besuchten Dorf hatten 42 Personen insgesamt (!) 27 Dollar bei Geldverleihern geborgt. Yunus streckte ihnen diesen Geldbetrag vor und half somit diesen Personen und ihren Familien, der Schuldenfalle zu entinnen. Die Idee, mithilfe von Kleinstkrediten Selbständigkeit zu fördern und Armut zu überwinden, war geboren. Seit nunmehr 25 Jahren verleiht die Graheem Bank Geld an jene, die keine Sicherheiten bieten können, mithin an die Ärmsten der Armen. Die KundInnen sind überwiegend weiblich, die Rückzahlquote liegt bei mehr als beachtlichen 98 Prozent.

Die Erfolge geben Muhammad Yunus Recht, der immer wieder betont, dass „Armut nicht von den Armen selbst erzeugt wird“. Er verfolgt mittlerweile ein neues, erweitertes Konzept, das – so wünscht er sich – zu einem grundlegenden Wandel in der Archi-

tektur der kapitalistischen Wirtschaft führen wird. In seinem neuen Buch „Social Business. Von der Vision zur Tat“ erläutert er das Konzept, das auf Unternehmen aufbaut, die sich ausschließlich einem sozialen Ziel verschrieben haben, den so genannten Social Businesses. Sie betätigen sich zwar am freien Markt, ziehen aber daraus keinen finanziellen Nutzen. Auch wenn die InvestorInnen auf Dividenden verzichten, sind es „richtige“ oder „echte“ Unternehmen, da sie kostendeckend arbeiten (müssen). Sie unterscheiden sich von traditionellen auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Unternehmen ebenso wie von gemeinnützigen Organisationen wie beispielsweise Stiftungen oder Genossenschaften.

Beeindruckend ist, dass Yunus nicht im Visionären verharret, sondern Modelle und Kooperationen mit namhaften Unternehmen vorstellt, die dazu beitragen (können), Armut zu reduzieren. Seine Bündnispartner bekennen sich zum Social-Business-Konzept, wie beispielsweise der Vorstandsvorsitzende des Lebensmittelkonzerns Danone. Die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens Graheem-Danone hat(te) zum Ziel, mit der Produktion von leistbarem Joghurt für alle, im Besonderen für arme Kinder, Mangelernährung und Unterversorgung in Bangladesch zu verhindern. Gegründet im Jahr 2006 und mit einigen Rückschlägen konfrontiert, arbeitet Graheem-Danone seit 2010 kostendeckend, sichert Arbeitsplätze und gesündere Ernährung. Ein anderes Beispiel ist das Graheem Veolia Water Projekt, das den Zugang zu sauberem Trinkwasser für die BewohnerInnen eines Dorfes in Bangladesch sicherstellen will. Bis 2012 sollen rund 100.000 Menschen in umliegenden Regionen mit reinem Trinkwasser versorgt werden. Zahlreiche weitere Kooperationen, wie z.B. mit der deutschen Otto-Gruppe, mit BASF oder Adidas, sind angedacht und auf den Weg gebracht worden.

Die Ideen kreisen mittlerweile um die Welt, nicht selten werden sie als utopisch und sozialromantisch belächelt: Wer sollte dafür Kapital und/oder Arbeit zur Verfügung stellen? Yunus und seine Anhänger argumentieren überzeugend, dass die Maximen der Menschen nicht – wie fälschlicherweise von den Wirtschaftswissenschaften unterstellt – ausschließlich Selbstsucht und Profitmaximierung sind. Menschliches Verhalten ist mehrdimensional und „Glück speist sich aus vielen Quellen ...“

Um Social Business in Österreich voranzutreiben, legt der Jurist Thomas Leitner ein adaptiertes Konzept vor und geht der Frage nach, wie diese Unternehmensform in der österreichischen Rechtsordnung ihren

Niederschlag finden könnte. Er diskutiert, ob im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsformen, wie Stiftungen, Genossenschaften oder Vereine, die Social-Business-Vision, sprich die Vereinbarkeit von wirtschaftlichem und sozialem Handeln, erreicht werden kann. Auch wenn dem Grunde nach die derzeitigen österreichischen Gesellschaftsformen Möglichkeiten bieten würden, plädiert Leitner letztlich für eine neue Rechtsform, das „Gesellschaftliche Unternehmen“, das seines Erachtens ein wichtiger Baustein bei der Entwicklung des Wirtschaftsystems hin zu einer gerechteren, sozialeren und ökologischeren Marktwirtschaft sein könnte.

Die Idee der Mikrokredite wurde von anderen kopiert, aber auch missbraucht; unverschämt hohe Zinsen haben Mikrokredite in Verruf gebracht. Dies sowie der Vorwurf der nicht korrekten Verwendung von Fördergeldern haben die Reputation des Bankgründers beschädigt. Über die wahren Gründe von Yunus' Abarberufung von der Graheem Bank kann nur spekuliert werden. Mehrmals wird darauf Bezug genommen, dass sich die Regierung in Bangladesh mehr Einfluss auf die Bank sichern und zugleich einen potentiellen politischen Mitbewerber vom Hals schaffen wollte. Es bleibt zu hoffen, dass dies nicht gleichermaßen mit Muhammad Yunus' Vorschlägen zur Reduzierung von Armut passiert. (cso)

Thomas Leitner:

*Grundlagen für das Gesellschaftliche Unternehmen
Das Konzept des Social Business nach Muhammad Yunus als Institution im Rahmen der österreichischen Rechtsordnung
Neuer wissenschaftlicher Verlag, Wien, Graz 2011
101 Seiten, EUR 28,80*

Muhammad Yunus:

*Social Business. Von der Vision zur Tat
Hanser Verlag, München 2010
327 Seiten, EUR 20,50*

Langzeitpflege in einer solidarischen Gesellschaft

Jeder Mensch ist im Laufe seines Lebens irgendwann auf Pflege angewiesen – als Kleinkind, in hohem Alter oder bei Krankheit. Pflege betrifft daher alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, sozialem Status, Einkommens- oder Bildungsniveau. Die Betreuung Pflegebedürftiger ist somit ein zentrales Thema der Sozialpolitik. Um den Anforderungen unserer immer älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden, ist

es wichtig, allen pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen in Österreich auch in Zukunft einen Zugang zu bedürfnisorientierter und qualitativ hochwertiger Pflege und Betreuung zu ermöglichen und ihnen damit ein menschenwürdiges Dasein nachhaltig zu gewährleisten.

Wie dies am besten bewerkstelligt werden kann, darüber wurde bei der ÖKSA-Jahreskonferenz 2010 diskutiert, deren Dokumentation nunmehr vorliegt. Der Tagungsband versteht sich dabei, so ÖKSA-Präsident Michael Chalupka, als über die tagespolitischen Auseinandersetzungen hinausweisender Beitrag zur gemeinsamen Suche nach tragfähigen Lösungen, die den Menschen zugute kommen sollen.

Bereits die Beiträge zu Beginn des Bandes richten den Blick nach vorn. AutorInnen mit unterschiedlichen Hintergründen (Tom Schmid, Thieß Petersen) erläutern ihre Visionen einer solidarischen Gesellschaft und diskutieren die Voraussetzungen, unter denen diese vor dem Hintergrund des demografischen und sozioökonomischen Wandels realisiert werden kann.

Die folgenden Beiträge widmen sich der praktischen Umsetzung und somit den „Mühen der Ebene“: Josef Kytir befasst sich mit den Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung für die europäischen Wohlfahrtsgesellschaften, Nikolaus Dimmel beleuchtet die soziale wie gesundheitliche Situation informell Pflegenden und entwirft Strategien zur Verbesserung der Lage, Elisabeth Rappold und Ingrid Rottenhofer diskutieren auf Basis einer empirischen Erhebung die mögliche Weiterentwicklung der Berufsprofile im Feld Betreuung und Pflege.

Im letzten Abschnitt werden die Inputs zu den Foren der Tagung wiedergegeben und die anschließenden Diskussionen zusammengefasst. Thematisiert werden dabei unter anderem die Pflege im internationalen – insbesondere im europäischen – Vergleich, der Gender Aspekt in der Pflege und die Migration von Pflegekräften in und nach Europa. Aktuelle Problemstellungen der Langzeitpflege schließlich widmen sich die Beiträge von Christa Them, Beat Sottas und Kai Leichsenring. (hs)

*Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit (Hg.):
Langzeitpflege in einer solidarischen Gesellschaft
Herausforderungen und Chancen
Wien 2011, EUR 14,00 (ÖKSA-Mitglieder EUR 10,00)*

Bestellungen bei:

*ÖKSA, Geigergasse 5-9, 1050 Wien
Tel. 01 548 2922, Mail: office@oeksa.at*

Unsere Arbeitsgesellschaft kritisch quer und neu denken

... so könnte der Arbeitstitel des von Sabine Gruber, Frigga Haug und Stephan Krull herausgegebenen Readers „Arbeiten wie noch nie!“ lauten. Ausgehend vom Befund, dass die herkömmlichen Wirtschaftstheorien keine befriedigenden Antworten auf die Umbrüche und Krise der Arbeitswelt geben, analysieren die AutorInnen die Entwicklung und Konfliktlinien der zunehmenden Verdichtung der Erwerbsarbeit.

Johanna Riegler erläutert beispielsweise, wie eng die Entstehung des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit der Aufwertung der Erwerbsarbeit als Vergesellschaftungsprinzip verbunden ist. Der Trennung in Faule und Fleißige folgte ein brutales Vorgehen gegen BettlerInnen und die Einweisung von so genannten Arbeitsunwilligen in Zucht- und Arbeitshäuser. Arbeit wurde als das Leben des modernen Menschen dominierendes Prinzip verankert. Riegler relativiert den modernen Arbeitsbegriff, verweist auf dessen zerstörerisches Potential und diskutiert, ob es nicht neben dem Recht auf Arbeit und Beschäftigung ein „Recht auf ein gutes Leben in sozial gerechter Wohlversorgtheit und politischen Lösungen“ jenseits des Arbeitssparadigmas geben soll.

Auf einen zu eng und restriktiv gefassten Arbeitsbegriff verweist auch Alexandra Weiss, die eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit einfordert. Sie zeichnet die Entwicklung der Arbeitsteilung von Männern und Frauen mit ihrer ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit nach, die zu einer Diskriminierung und Entwertung von Frauenarbeit, und dies nicht nur in Form der Entlohnung, führt. Kritisiert wird, dass sich die Geschlechterpolitik der letzten Jahrzehnte in einer Gleichstellungspolitik erschöpft und unterschiedliche Lebens- und Arbeitswelten von Frauen und Männern ungenügend berücksichtigt werden. Einem vielfach diskutierten Grundeinkommen steht sie skeptisch gegenüber, da dieses ihres Erachtens bestehende Herrschaftsverhältnisse und Aufgabenzuschreibungen unberührt lässt.

Auf eine grundlegende Veränderung der Arbeitsteilung basiert „die Vision von Frauen, die eine Vision für alle ist“. Ausgehend vom erlebten Widerspruch der Gleichzeitigkeit des Frusts und der Lust an der Erwerbsarbeit und deren Verteilung erläutert Frigga Haug ihre „Vier-in-einem-Perspektive“, die zu einer Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit, von politischer Arbeit und Zeit für die individu-

elle Entwicklung führen soll. Sie plädiert für eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die genügend Raum und Zeit für alle Aufgaben-Bereiche und für alle Individuen ermöglicht.

Überlegungen zum Gesellschaftswandel stehen im Zentrum des abschließenden Beitrags von Sabine Gruber, die mögliche Bausteine von der derzeitigen zu einer neuen Realität diskutiert. Es geht nicht darum, ob beispielsweise durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens Arbeit und Einkommen entkoppelt oder das System und die Organisation der Erwerbsarbeit reformiert werden soll. Letztlich braucht es Einkommenssicherung gleichermaßen wie Systemreform. Ausreichendes Einkommen, Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und gleichwertige Verteilung von Lebens(arbeits)zeit auf alle Tätigkeiten werden daher als notwendige Rahmenbedingungen für ein gerechtes Arbeiten und eine Befreiung vom Arbeitszwang vorausgesetzt. (cso)

*Sabine Gruber, Frigga Haug, Stephan Krull (Hg.):
Arbeiten wie noch nie!? Unterwegs zur kollektiven
Handlungsfähigkeit
Argument Verlag, Hamburg 2010
188 Seiten, EUR 17,40*

AK-Wissenschaftspreis 2012

Für die Arbeiterkammer Oberösterreich sind die menschengerechte Gestaltung von Arbeit und die Sicherung der Beschäftigung grundlegende Anliegen.

Der 29. Wissenschaftspreis der AK Oberösterreich ist mit einem Preisgeld von insgesamt 9.000 Euro dotiert, das nach Maßgabe der Jury auf drei PreisträgerInnen aufgeteilt wird. Der Preis, der sich an junge WissenschaftlerInnen richtet, wird für 2011 und 2012 fertig gestellte Arbeiten zum Themenfeld "Zukunft von Arbeit und Beschäftigung" vergeben.

Bewerbungen sind bis 31. Mai 2012 bei der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Abteilung Wissenschafts- und Forschungsmanagement, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, einzureichen.

Die detaillierte Beschreibung der Forschungsfrage und möglicher konkreter Themenstellungen findet sich auf: www.arbeiterkammer.com

Die "Mitte" der Gesellschaft

Zahlreiche Studien deuten darauf hin, dass die Mittelschichten einem Stagnations- oder sogar Schrumpfungsprozess ausgesetzt sind. Doch wer zählt eigentlich zur "Mitte" einer Gesellschaft? Und welche gesellschaftlichen Konsequenzen ziehen Veränderungen in Größe und Zusammensetzung mittlerer sozialer Lagen nach sich? Darüber diskutieren Nicole Burzan (Dortmund), Bettina Leibetseder (Linz), Roland Verwiebe und Sighard Neckel (Wien).

Termin: 5. Mai 2011, 19.00 – 21.00 Uhr
Ort: Alte Kapelle am Campus der Universität Wien, Spitalgasse 2–4, 1090 Wien

European Citizens' Initiative Summit 2011

Am 1. April 2011 ist die Verordnung des Rates und Parlaments über die Europäische Bürgerinitiative in Kraft getreten, an die hohe Erwartungen geknüpft sind: Durch die neue Möglichkeit transnationaler direkter Demokratie sollen u.a. das Legitimitätsdefizit der Union abgebaut und eine europäische Bürgergesellschaft angestoßen werden. Ob diese Erwartungen zu hoch gesteckt sind, wird beim in englischer Sprache abgehaltenen Summit diskutiert.

Termin und Ort: 6. – 7. Mai 2011; Bundesministerium für Inneres, Minoritenplatz 9, 1010 Wien
Anmeldung, Kontakt: Österreichisches Institut für Europäische Rechtspolitik, Mönchsberg 2a, 5020 Salzburg. Tel. 0662 84 39 80, Mail: summit2011@legalpolicy.eu

Active Inclusion – Erwerbspotenzial von Sozialhilfe-BezieherInnen

Aktivierung steht im Gegensatz zum passiven Leistungsbezug und zielt auf die soziale und ökonomische Integration durch Erwerbsarbeit ab. Die Tagung hat zum Ziel, in mehreren Vorträgen sowie einer abschließenden Podiumsdiskussion das Dilemma des Sozialstaats zwischen Workfare und Welfare näher zu beleuchten.

Termin: 13. Mai 2011, 9.00 – 13.00 Uhr
Ort: Kardinal König Haus, Kardinal König-Platz 3, 1130 Wien
Anmeldung: www.abif.at/Events/

Änderung für Stabilität: Lebenszyklen von Städten und Regionen

REAL CORP 2011, die 16. internationale Konferenz zu Stadtplanung, Regionalentwicklung und Informationsgesellschaft, widmet sich der Rolle und den Möglichkeiten vorausschauender Planung in räumlichen Transformationsprozessen.

Termin und Ort: 18. – 20. Mai 2011, Weltkulturerbe Zollverein, Sanaa Gebäude, Essen (D)
Information: www.corp.at

Pflegekongress

Der 19. Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegekongress steht unter dem Motto: Gepflegte Profession – die Pflege geht ihren Weg im intra- und extramuralen Feld.

Termin und Ort: 23. – 25. Mai 2011, Congress Messe Innsbruck, Rennweg 3, 6020 Innsbruck
Information, Anmeldung: www.oegkv.at/index.php?id=4652

BAWO-Fachtagung 2011

Die Tagung beschäftigt sich mit einer Vielfalt an Themen und Lösungen zur Wohnungslosenhilfe, wie der bedarfsorientierten Mindestsicherung, niederschweligen Hilfsangeboten, der Delogierungsprävention sowie europäischen Initiativen gegen Armut und Obdachlosigkeit.

Termin und Ort: 25. – 27. Mai 2011, Innsbruck
Information, Anmeldung: www.bawo.at

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,
Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster
Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453